

## Unabhängiger Wissenschaftler oder politischer Agitator?

**Eine Journalistin wehrt sich gegen die  
Häme von Stefan Rahmstorf**

**Abschied** Die Initiative Wissenschafts-  
journalismus endet

**Rückblick** EHEC, Fukushima und  
die Massenmedien

**Einblick** Wissenschafts-  
dokumentationen  
gestern und heute



# Wahrheit und politische Agitation

## EDITORIAL

■ Nicht immer stimmt alles, was von Zeitungen, Rundfunkveranstaltern und Online-Diensten verbreitet wird. Das gilt vielleicht besonders dort, wo es um Wissenschaft geht. Vielleicht ist es aber auch nur so, dass Fehlern in der Wissenschafts-Berichterstattung eine größere Bedeutung zugemessen werden als in der politischen oder wirtschaftlichen, insbesondere von den Wissenschaftlern selbst. Deren Leben dreht sich schließlich um die Frage, ob etwas – wissenschaftlich betrachtet – wahr ist oder falsch. Möglicherweise ist es diesem Umstand zuzurechnen, dass manche von ihnen auch dort vom Wahren und Falschen sprechen, wo sie eigentlich das Gute und das Schlechte meinen. Verwickelt wird es, wenn vom Wahren gesprochen wird, obwohl das Gute gemeint ist, und im Eifer des Einsatzes für das wahre Gute, Unwahres behauptet wird. Dafür ist der Potsdamer Klimaforscher Stefan Rahmstorf Anfang des Jahres vom Kölner Landgericht verurteilt worden.

Er hatte auf seinem Blog „Klimalounge“ ([www.scilogs.de/wblogs/blog/klimalounge](http://www.scilogs.de/wblogs/blog/klimalounge)) Unwahrheiten über die Kölner Wissenschaftsjournalistin Irene Meichsner verbreitet, die geeignet waren, ihren Ruf zu beschädigen. Rahmstorf nahm Anstoß an einem aus seiner

Sicht schlechten Bericht der Journalistin über eine Passage im IPCC Synthesis Report, die sich auf die Auswirkungen des Klimawandels in Afrika bezog. Die Journalistin warf dem IPCC vor, die Passage sei durch wissenschaftliche Studien nicht gedeckt, ein Vorwurf, den Rahmstorf als „frei erfunden“ qualifizierte.

In einem Brief an die Frankfurter Rundschau, die den Bericht Anfang 2010 genau wie der Kölner Stadtanzeiger verbreitet hatte, forderte Rahmstorf die Zeitung dazu auf, sich in geeigneter Weise zu korrigieren. Das tat diese mit großer Geste auf einer Doppelseite, mit der sie sich in den Dienst all jener stellte, die hinter kritischer, fehlerhafter oder wahlweise auch schlechter Klimaberichterstattung nichts weniger als eine Medienverschwörung vermuten, die darauf gerichtet ist, den anthropogenen Klimawandel zu bezweifeln und Anstrengungen zu unterlaufen, die auf eine Milderung seiner Folgen gerichtet sind.

Diesem Einzelfall haben wir aus mehreren Gründen viel Raum gegeben. Er bietet Anschauungsmaterial für den anmaßenden Mißbrauch des Wahrheitsbegriffes durch einen international bekannten Klimaforscher, der im Gewande des wissenschaftlichen Experten vorgeblich Wahrheit fordert, tatsächlich aber – einem politischen

Agitator gleich – für das aus seiner Sicht Gute streitet. Und: Er mag dazu anregen, sich unter Umständen auch gerichtlich gegen Blogger zu wehren, die im Dienste ihrer Wahrheit mit leichter Hand Verunglimpfungen und/oder Häme unters Volk streuen.

Mit Ablauf des Jahres endet die Initiative Wissenschaftsjournalismus. Mehr als zehn Jahre lang wirkte diese Initiative und das vorausgegangene Qualifizierungsprogramm Wissenschaftsjournalismus in die Praxis hinein, durch Aus- und Weiterbildungsangebote, durch Konferenzen WissensWerte, durch Publikationen und Diskussionsrunden, durch den Medien-Doktor. Wir würdigen diese Initiative mit einem Rückblick auf das Mentoring-Programm, das jungen Wissenschaftlern den Weg in den Journalismus eröffnete. Darüber hinaus dokumentieren wir eine Rede von Christoph Koch, Ressortchef Wissenschaft beim Stern, die er auf dem Abschlussfest der Initiative in Dortmund Anfang Oktober gehalten hat. Es ist ein Plädoyer für einen „evidenzbasierten“ (Medizin-)Journalismus, dem die Widerspiegelung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Experteneinschätzungen allein nicht mehr genug ist. Es ist zugleich ein Abgesang auf die immer noch verbreite-

te wissenschaftliche Anspruchshaltung, den Journalismus als Anwalt eigener Kommunikationsbedürfnisse vereinnahmen zu können.

Die Wissenschafts-Pressekonferenz wird 25 Jahre alt. Sie feiert ihr Jubiläum mit einem Fest auf der diesjährigen WissensWerte in Bremen. Dies ist uns als Magazin dieses Berufsverbandes von Wissenschaftsjournalisten Anlass, zurück zu schauen und einen Ausblick zu riskieren auf die Anforderungen der Zukunft. Wir haben Wolfgang Mock, ein Gründungsmitglied der WPK, gebeten, seine Motive und Erfahrungen niederzuschreiben. Und wir wollten von Kai Kupferschmidt, erst seit kurzem Mitglied der WPK, wissen, welche Erwartungen er an diesen Berufsverband hat, der in die Jahre gekommen ist.

Natürlich beschäftigen uns auch die großen Wissenschaftsthemen des zu Ende gehenden Jahres, EHEC und die Kernschmelzen in Fukushima. Und wir beschäftigen uns noch einmal mit dem vermeintlich Arsen fressenden Bakterium GFAJ-1, jedenfalls indirekt. Martina Franzen geht der Frage nach, inwiefern die Publikation dieses umstrittenen Ergebnisses Ausfluss einer zunehmenden Ausrichtung an journalistischen Relevanzkriterien ist, die die beiden großen Journals Nature und Science kennzeichnet.

Das WPK-Quarterly versteht sich als Forum, das Diskussionen anregen sowie Entwicklungen im Wissenschaftsjournalismus beschreiben und reflektieren will. Wir hoffen wie immer, dass uns das auch mit dieser Ausgabe gelungen ist und dass wir Anregungen und Einblicke geben, die für das praktische Tun von Wert sein können. ]

Markus Lehmkuhl

#### Markus Lehmkuhl

ist Projektleiter an der FU Berlin, Arbeitsstelle Wissenschaftsjournalismus, und leitet die WPK-Quarterly Redaktion.



## Inhalt

Editorial	2
Klimawandel und Ideologie Wie man Journalisten mundtot macht	4
EHEC-Krise Das Robert Koch-Institut rechtfertigt sich	8
Nicht schnell, aber plötzlich: Die Warnung vor der Aschewolke	12
Fukushima: Karriere des Wortes Kernschmelze	13
Resonanz in den Medien: Die Politik großer Journals – eine Analyse	15
Initiative Wissenschaftsjournalismus: Eine Würdigung des Mentoringprogrammes	19
Evidenzbasierter Journalismus? Ein Plädoyer von Christoph Koch	22
Gestern und heute im Vergleich: Erzählen über Wissenschaft im TV	25
25 Jahre WPK Der Zauber ist verfliegen	29
25 Jahre WPK Neue Antworten sind gefragt	30
WPK Neue Mitglieder	31
Impressum	31

## Ideologie und Klimawandel oder: Wie man Journalisten mundtot macht

Eine freie Journalistin wird zur Zielscheibe des renommierten Klimaforschers Stefan Rahmstorf, der im Kampf um die vermeintliche Wahrheit auch vor persönlichen Diffamierungen nicht halt macht.

Von Markus Lehmkuhl

Im Namen des Volkes erging am 9. Februar dieses Jahres ein Urteil, das es in sich hat: Der Beklagte wird von der 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln verurteilt „es (...) zu unterlassen, den Eindruck zu erwecken,

a) die Klägerin habe vom Blogger Richard North und vom Journalisten Jonathan Leake abgeschrieben;

b) die Klägerin habe dem Beklagten durch die Redaktion der Frankfurter Rundschau die Bitte ausrichten lassen, er solle den Namen der Klägerin aus dem Blogbeitrag des Beklagten ‚FR zieht Artikel gegen den Klimarat zurück‘ entfernen und nur die Frankfurter Rundschau nennen.“

Im Übrigen muss der Beklagte der Klägerin 511,58 Euro nebst Zinsen zahlen und zwei Drittel der Kosten des Rechtsstreites übernehmen. Zur Begründung stellt die Kammer fest, dass es sich um unwahre Tatsachenbehauptungen handele, die die Klägerin in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzen, „da die objektive Falschdarstellung nicht als wertneutral einzustufen ist“.

Pikant ist dieses Urteil ganz besonders deshalb, weil es sich bei dem Beklagten um den Klimaforscher Stefan Rahmstorf handelt, der in seinem Blog (<http://www.scilog.de/wblogs/blog/kimalounge>) immer wieder falsche Darstellungen in der Berichterstattung scharf kritisiert. Mindestens in diesem Fall, in dem er einen Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 8. Februar 2010 aufs Korn nimmt, scheint er jene Regeln nicht zu beherzigen, die zu befolgen er Journalisten immer wieder nahelegt: die Aneignung von Expertise in der Sache und eine korrekte Wiedergabe von Fakten.

### Der Artikel, um den es geht

Er erscheint am Montag, dem 8. Februar 2010, im Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) und in gekürzter Form auch in

der Frankfurter Rundschau (FR). Der Artikel in der FR trägt die Überschrift: „Neue Fehler beim Klimarat: IPCC macht aus Nordafrika ganz Afrika“. Im KStA heißt es: „Von Dürren, die es gar nicht gibt; Neue Vorwürfe erschüttern den Weltklimarat – schwere Hungersnöte in Afrika ab 2020 nicht belegt“.

Autorin ist die Kölner Journalistin Irene Meichsner, die als feste Freie unter anderem für den KStA schreibt.

Der Bericht lässt sich grob in vier Teile gliedern:

1. Ein verhältnismäßig stark wertender Vorspann, der Interesse wecken soll.

Im ersten Satz wird Rajendra Pachauri, amtierender Chef des IPCC, ins Visier genommen, für den es nun eng werde. Zugleich werden die „eklatanten Fehler seiner Organisation“ in Erinnerung gerufen, wobei die Autorin darauf bauen kann, dass sie dem Zeitungsleser zum damaligen Zeitpunkt noch präsent sind. Ausdrücklich erwähnt wird nur der Fehler, wonach die Himalaya-Gletscher bis 2035 größtenteils abgeschmolzen sein könnten. Anschließend wird erklärt, worum es beim neuerlichen Fehler geht. Dieser wird stark wertend als „Skandal“ qualifiziert. Er habe „ein ganz anderes Kaliber“. Denn diesmal sei Pachauri „persönlich involviert“. Der Fehler habe es, anders als in den vorausgegangenen Fällen, bis in den Synthesis Report geschafft, das „Allerheiligste und politisch Relevanteste des IPCC“. Der Sachverhalt wird im Vorgriff wiederum stark wertend mit dem Label „Afrikagate“ belegt.

2. Der Informationskern des Artikels  
Er enthält den eigentlichen Vorwurf. Unter Berufung auf den Synthesis Report des IPCC heißt es:

Bis zum Jahre 2020, so wird auf Seite 50 prognostiziert, würden in Af-

rika voraussichtlich (a)\* „zwischen 75 und 250 Millionen Menschen“ einer erhöhten Wasserknappheit infolge des Klimawandels ausgesetzt sein. Ebenfalls (b)\* „bis 2020 könnten in einigen Ländern die Erträge aus der vom Regen bewässerten Landwirtschaft um bis zu 50 Prozent“ sinken. Es sei davon auszugehen, dass „die landwirtschaftliche Produktion, einschließlich des Zugangs zu Nahrung, in vielen afrikanischen Ländern stark gefährdet“ werde. „Dies würde die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung weiter nachteilig beeinflussen und das Problem der Unterernährung verschärfen.“ Eine wissenschaftlich tragfähige Basis für diese Behauptung bleibt der IPCC-Bericht schuldig. (\*Ordnungszeichen finden sich nicht im Artikel, sondern wurden von mir eingefügt)

Dem Informationskern folgt

3. die Begründung des fett markierten Vorwurfs unter Hinweis auf eine entsprechende Recherche des Bloggers Richard North und der Tageszeitung Sunday Times.

Die Autorin stellt die Quelle vor, auf die sich das IPCC in diesem Zusammenhang beruft, und rückt sie in ein wissenschaftlich zweifelhaftes Licht, ohne den Hinweis an dieser Stelle weiter zu vertiefen – eine von mehreren Schwächen des Artikels:

„Der IPCC-Bericht stützt sich auf Ali Agoumi, einem Mitarbeiter des marokkanischen Umweltministeriums sowie der Firma ‚EcoSecurities‘, die ihr Geld unter anderem mit dem Handel von Verschmutzungsrechten verdient. Agoumi ist Autor eines Berichts über die ‚Vulnerability of North African Countries to Climatic Changes‘, den die internationale Umweltorganisation Institut für nachhaltige Entwicklung (IISD) mit Sitz in Kanada im Jahre 2003 veröffentlichte.“

Es wird dargelegt, dass diese vom IPCC angegebene Quelle die Aussagen im Synthesis Report nur unzureichend deckt:

„Die (...) von Agoumi genannten Kronzeugen beziehen sich (...) nur auf drei nordafrikanische Länder: Algerien, Marokko und Tunesien – ohne dass daraus konsistente Aussagen über die möglichen Folgen des Klimawandels für den Wasserhaushalt und die Landwirtschaft in Afrika herzuweisen wären.“

Der vierte und längste Teil des Artikels dient der Einordnung des Sachverhaltes und gleichzeitig der Rechtfertigung der im Vorspann enthaltenen Wertungen. Der Vorwurf wird mit Zitaten von Klimaexperten unterfüttert. Nachgezeichnet wird, wo und von wem die von mir mit (b) gekennzeichnete Botschaft verwendet worden ist (Pachauri, Ban Ki-Moon). Auch in eine Rede von Pachauri vor hochrangigen Politikern, darunter der US-amerikanische Präsident, sei sie eingeflossen. Es entsteht der Eindruck, das IPCC würde mindestens ein übertriebenes Bild der Bedrohungslage in Afrika zeichnen. Als politisch relevante Quintessenz des Artikels erscheint die Bewertung, dass die

„Glaubwürdigkeit des IPCC und seines Chefs (...) schwer angeschlagen“ sei.

### Die Kritik von Stefan Rahmstorf

Der Potsdamer Klimaforscher nimmt in zwei Blogbeiträgen sowie in einem später von ihm publizierten Brief an die Redaktion der FR (25. März 2010) zu den im Artikel enthaltenen Vorwürfen Stellung. Der erste Eintrag vom 20. Februar 2010 („Fehler im IPCC-Bericht?“) bezieht sich allerdings noch nicht auf den Text in der FR bzw. dem KStA, sondern nur auf den Blog von Richard North und den zeitgleich erschienenen Artikel in der Sunday Times, von denen die Kernvorwürfe, die Irene Meichsner in ihrem Artikel erhebt, ursprünglich stammen. Erst der zweite, mehrfach um „Updates“ ergänzte Eintrag vom 26. April 2010 („FR zieht Artikel gegen Klimarat zurück“) setzt sich dann konkret mit dem Artikel in der FR und der Autorin auseinander (<http://www.scilogs.de/wblogs/blog/klimalounge/mediencheck/2010-04-26/frankfurter-rundschau-klimarat-ipcc-africagate>).

Die in diesem Zusammenhang besonders relevanten Äußerungen von Rahmstorf lassen sich am besten in drei Kategorien einteilen:

1. Einwände gegen die im Artikel aus der FR bzw. in der Überschrift erhobenen Vorwürfe gegen das IPCC. Die Einwände beziehen sich erstens auf die dort aufgestellten Tatsachenbehauptungen und darauf aufbauend zweitens auf die Deutungen des Sachverhaltes.

2. Deutungen, die sich auf die gesamte damalige Berichterstattung über die vermeintlichen oder tatsächlichen Fehler im IPCC-Bericht beziehen.

3. Wertungen über die Autorin des Artikels in der FR.

### 1. Einwände

A) Rahmstorf kritisiert, dass die Überschrift des FR-Artikels falsch sei. Nirgendwo mache das IPCC aus Nordafrika ganz Afrika.

B) Rahmstorf weist den Vorwurf zurück, die oben mit a) und b) gekennzeichneten Äußerungen des IPCC entbehrten einer wissenschaftlich tragfähigen Basis. Das IPCC habe „völlig korrekt die wissenschaftliche Fachliteratur ausgewertet und beschrieben“. Im Hinblick auf die Äußerung a) fügt er in seiner Replik auf die FR einen Link auf die Quelle hinzu. Es handelt sich eindeutig um wissenschaftliche Fachliteratur (Arnell 2004). Bezogen auf die Aussage b) bleibt die Frage des wissenschaftlichen Status offen. Im Blog vom 20. Februar 2010 spricht Rahmstorf hinsichtlich des Berichts von Agoumi selber von grauer Literatur. Er räumt dort ein, „dass diese Ergebnisse für den kurzen Synthesebericht zu stark eingedampft wurden, so dass Nuancen und Relativierungen verloren gingen“, weswegen man „das IPCC hier kritisieren“ könne. Rahmstorf betont: „Die Agoumie-Referenz ist zutreffend und auch korrekt angegeben. Trotzdem skandalisiert die Sunday Times (und auch die FR Anm. d. Verf.) (...) die Frage als Afrikagate – hauptsächlich weil die Studie von Agoumi nicht durch den Peer Review gegangen ist ...“

C) Rahmstorf bewertet die Vorwürfe in der FR als „frei erfunden“ (26. April 2010).

D) Rahmstorf versucht, den Vorwurf zu entkräften, das IPCC würde die Bedrohungslage in Afrika übertreiben. Dazu zitiert er im Blog vom 20. Februar 2010 Textpassagen, die sich direkt an die Stelle im IPCC-Bericht anschließen, wo von den bis zu 50% Ertragseinbu-

**Klimawandel Forscher, die vor den Folgen des Temperaturanstiegs warnen, und ihre Kritiker stehen sich**


**AFRIKA**

**Vorwurf:** Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) hat eine Studie unzulässig verallgemeinert und auch in der Zusammenfassung für die politischen Entscheidungsträger behauptet, aufgrund des Klimawandels könnten die Ernten in Afrika um bis zu 50 Prozent zurückgehen. Zudem sei die Quelle zweifelhaft, da sie nicht in einer Fachzeitschrift veröffentlicht wurde.

**Grundlage:** Ein Artikel, der am 8. Februar in der FR erschien, bezieht sich auf den britischen Blogger Richard North und die Sunday Times. Dort taucht der Vorwurf der Verallgemeinerung aber gar nicht auf, in der Überschrift des FR-Artikels aber schon.

**Substanz:** Die Verallgemeinerung lässt sich im IPCC-Bericht an keiner Stelle finden. Dort ist stets von „einigen Ländern“ in Afrika die Rede – sowohl in der Zusammenfassung als auch im Hauptteil. Der Bericht bezieht sich dabei auf ein Papier von Ali Agoumi, der darin die Ergebnisse mehrerer Studien im Auftrag der Regierungen von Marokko, Tunesien und Algerien zusammenfasst. Das steht im Einklang mit den IPCC-Richtlinien zur Frage, welche Literatur für den Bericht verwendet werden darf. Die Autoren des Klimaberichts dürfen danach auch auf Studien von Behörden zurückgreifen. Vor allem dann, wenn die Informationen nicht in Fachartikeln zu finden sind. Da der Bericht die Auswirkungen des Klimawandels auf alle Erdteile darstellen soll, ist dies in einigen Fällen unumgänglich. Die Gesamtprognose für den Einfluss des Klimawandels auf die afrikanische Landwirtschaft insgesamt stützt sich zudem auf zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen.

**Moral:** Die FR hat den Artikel in ihrer Online-Ausgabe gelöscht.



Am 30. April 2010 distanziert sich die Frankfurter Rundschau von ihrem eigenen Artikel. Sie sieht ihn als Teil einer „Kampagne, die den UN-Klimarat in Verruf bringen sollte“.

ßen die Rede ist. Die Stellen dokumentieren, dass im IPCC Bericht auch positive Effekte des Klimawandels auf Afrika Erwähnung gefunden haben, was für Rahmstorf „nach einer ausgewogenen Bewertung von Risiken und Chancen (klingt), basierend auf den zu jener Zeit verfügbaren Erkenntnissen“. Die Passagen stehen aber nicht im Synthesis Report, sondern sind Band II des IPCC Berichtes entnommen. Diesen Unterschied macht Rahmstorf an dieser Stelle auch deutlich.

## 2. Deutungen

Rahmstorf deutet die Berichterstattung über tatsächliche oder vermeintliche Fehler im IPCC Report zusammengefasst als einen Medienskandal, „in dem einige Journalisten die Öffentlichkeit mit völlig übertriebenen oder ganz erfundenen Pseudo-Skandalen irreführt haben. Viel zu viele sind ihnen dabei naiv und willig gefolgt, ohne die Farce zu durchschauen.“ (20.2.2010.) Diese Berichte „haben die öffentliche Meinung (nach diversen Umfrageergebnissen) erheblich beeinflusst und Zweifel an der Wissenschaft gesät. Und dabei geht es (...) um ein Thema, das für die Zukunft der Menschheit von zentraler Bedeutung ist.“ (26.4.2010.) Der Artikel in der FR repräsentiert für Rahmstorf ein Beispiel dafür, dass eine Journalistin dem kritiklos folge, was einzelne „Klimaskeptiker“ wie Richard North oder Jonathan Leake in die Welt setzten.

## 3. Wertungen über die Autorin

In diesem Einzelfall sind die Vorhaltungen, die Rahmstorf der Autorin des FR Artikels macht, recht scharf formuliert. Sie sind prinzipiell geeignet, Zweifel an der Seriosität der Journalistin zu wecken. Er hält ihr vor, von North und Leake „kritiklos abgeschrieben“ zu haben. Außerdem unterstellt er, sie hätte den IPCC Report, über den sie berichtet, nicht gelesen. Endlich suggeriert er, dass die Journalistin nicht zu dem stehe, was sie selbst geschrieben habe, indem er – was das Kölner Landgericht später als unwahre Tatsachenbehauptung einstufen wird – behauptet: „Frau Meichsner hat mir derweil via FR Redaktion die Bitte ausrichten lassen, ich solle ihren Namen aus meinem obigen Blogbeitrag entfernen und nur die FR

nennen. Sorry – ich stehe auch mit meinem Namen für die Qualität meiner Artikel ein.“

### Die Reaktion der Frankfurter Rundschau auf die Kritik Rahmstorfs

Am 30. April 2010 veröffentlicht die FR eine Doppelseite (S. 14/15), in der sie sich Vorwürfen widmet, die zuvor gegen das IPCC vorgebracht wurden. Es geht um die Himalaya-Gletscher, den Vorwurf, das IPCC stütze sich bei seiner Prognose zu möglichen Folgen des Klimawandels auf den Amazonas Regenwald lediglich auf die Arbeit grüner Umweltaktivisten, den Vorwurf der Datenmanipulation (Climategate) durch die Climatic Research Unit der Universität East Anglia sowie auf den Vorwurf der unzulässigen Verallgemeinerung bezogen auf Folgen für Afrika. Dass die FR sich auf einer Doppelseite mit recht großer Geste von dem Artikel distanzieren will, erfährt die Autorin Irene Meichsner über einen Dritten erst nachdem Rahmstorf den Vorgang in seinem Blog bereits publik gemacht hat und unmittelbar vor deren Erscheinen. In der FR sah sich offenkundig niemand genötigt, Kontakt zur Autorin des Artikels aufzunehmen.

Auf der Doppelseite werden die seinerzeit gegen das IPCC insgesamt erhobenen Vorwürfe als eine „Kampagne“ von Skeptikern gedeutet, „die den UN-Klimarat in Verruf bringen sollte“. Sie werden entweder als unbegründet dargestellt, oder ihre Bedeutung wird stark relativiert.

Was speziell den Vorwurf der Verallgemeinerung in Sachen Afrika angeht, räumt die FR selber ein, dass er nur in der Überschrift und nicht im Artikel enthalten gewesen sei. Nach einer knappen Beschreibung von „Vorwurf“, „Grundlage“ und „Substanz“ des im Artikel von Irene Meichsner geschilderten Sachverhaltes schreibt die FR unter „Moral: Die FR hat den Artikel in ihrer Online-Ausgabe gelöscht“.

### Dieser Einzelfall verdient besondere Aufmerksamkeit

Dieser Einzelfall verdient zunächst deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit, weil sich eine freie Journalistin

erfolgreich gegen die Häme zur Wehr gesetzt hat, die ein renommierter Wissenschaftler über sie ausgeschüttet hat. Er kann dazu animieren, sich in Auseinandersetzungen über die Qualität der eigenen Arbeit nicht alles bieten zu lassen, sondern sich zu wehren, obwohl das mit großen Anstrengungen verbunden ist.

Er verdient auch deshalb Aufmerksamkeit, weil der Potsdamer Klimaforscher Rahmstorf nicht der einzige Wissenschaftler ist, der sich über Fehler oder Verzerrungen in der Berichterstattung beklagt. Möglicherweise ist er jemand, der das besonders lautstark tut. Die Auffassung, man könne der Medienberichterstattung über Wissenschaft lediglich mit einer wahr-falsch Kategorie in der Rolle des wissenschaftlichen Experten zu Leibe rücken, dürfte weithin zustimmungsfähig sein. Dass sich Wissenschaftler dabei aber auf ein schwieriges Terrain begeben, was Risiken für die eigene Glaubwürdigkeit birgt, kann mit Hilfe dieses Einzelfalles illustriert werden.

Er verdient auch deshalb Beachtung, weil er als Lehrstück taugt, wie Massenmedien mit ihren eigenen Produkten besser nicht umgehen sollten. Er kann so etwas wie eine Warnung sein, wovor man sich in Zeiten des Crossmedialen und Intermedialen Publishing hüten sollte, wenn man nicht zur gesichtslosen „Content-Schleuder“ verkommen will.

Endlich ist er deshalb hoch interessant, weil er Einblick gewährt in die intellektuelle Verführung, verschiedene Vereinfachungen komplexer Zusammenhänge durch den mehr oder weniger expliziten Bezug auf eine Wahrheit aufzuladen, was zwangsläufig einhergeht mit einer Aufspaltung in richtig und falsch, gut und böse, Freund und Feind. Der Historiker Karl Dietrich Bracher hat in seiner „Geschichte des politischen Denkens“ solch einen Vorgang als das „Wesen des Ideologisierungsgeschehens in der Gesellschaft“ bezeichnet, das auf ein Orientierungsbedürfnis mit vermeintlich wahren Einsichten antwortet. Diese Ideologisierung ist ohne jeden Zweifel gefährlich für die Klimaberichterstattung, weil sie letztlich ein Orientierungsbedürfnis nicht stillt, sondern Desorientierung verursacht. Auch

dies lässt sich an diesem Einzelfall illustrieren und mag es rechtfertigen, sich ihm ausführlicher zuzuwenden, als es im öffentlichen Diskurs gemeinhin üblich ist. Beginnen sollte man mit den mit (a) und (b) gekennzeichneten Äußerungen im Artikel und der Frage, ob sie durch die vom IPCC zitierte Literatur tatsächlich gedeckt sind, ob der Synthese-Bericht sich in dieser Hinsicht also – unabhängig davon, ob es sich um ein peer reviewed Paper oder um graue Literatur handelt – auf eine „wissenschaftlich tragfähige Basis“ stützt, wie Rahmstorf suggeriert. Der Artikel in der FR bzw. im KStA geht dieser Frage nicht ausführlich nach.

(a) Bis zum Jahre 2020 werden in Afrika voraussichtlich „zwischen 75 und 250 Millionen Menschen“ einer erhöhten Wasserknappheit infolge des Klimawandels ausgesetzt sein.

Als Quelle für diese Aussage wird im IPCC Bericht das peer reviewed Paper von Arnell (2004) genannt. Darauf weist auch Rahmstorf hin. Es handelt sich um eine Studie, die – gestützt auf Computersimulationen – die Entwicklung der Wasserversorgung der gesamten Erdbevölkerung prognostiziert. Grundlage dieser Simulationen sind mehrere Modelle der globalen Populationsentwicklung und mehrere Modelle der Klimaentwicklung. Entsprechend ergeben sich häufig weite Spannen zwischen einem worst case scenario und einem best case scenario. In drei Tabellen werden die Globaldaten auf die Weltregionen heruntergebrochen, darunter auch Afrika. Die Studie weist für Afrika aus, dass bis 2025 zwischen minus 23 und plus 200 Millionen Menschen von erhöhter Wasserknappheit infolge des Klimawandels betroffen sein könnten. Mit anderen Worten: Im günstigsten Fall könnten verglichen mit 1995 im Jahre 2025 23 Millionen Afrikaner weniger in wasserarmen Regionen leben. Im ungünstigsten Fall könnten es 200 Millionen Afrikaner mehr sein. Woher die im IPCC Synthesis Report enthaltene Angabe „75–250 Millionen Menschen“ stammt, ist unklar. Sie findet sich in dieser Form jedenfalls nicht in der angegebenen Referenzstudie. Lediglich in Tabelle 7 der Arbeit, in der die Zahl von Afrikanern prognostiziert wird, die „in the absence of climate change“ von

Wassermangel betroffen sein könnten, reicht die Spanne im ungünstigsten Fall bis 250 Millionen Menschen. In dieser Tabelle ist die Zahl aber auch im günstigsten Fall weit höher als 75 Millionen.

Daraus ergibt sich, dass der im Artikel erhobene Vorwurf, der Synthesis-Report des IPCC bleibe eine wissenschaftlich tragfähige Basis für seine Behauptung schuldig, durchaus auf diese Botschaft angewendet werden kann. Gleichzeitig bedeutet das, dass der von Rahmstorf erweckte Eindruck in seinem Blog (26. April 2010) unzutreffend ist, wonach diese Angabe durch die genannte Studie gedeckt sei. Rahmstorf verlinkt zwar auf die Studie, sehr wahrscheinlich hat er die Studie selbst aber nicht mit der nötigen Sorgfalt geprüft, andernfalls hätten ihm die Ungereimtheiten auffallen müssen.

(b) „Bis 2020 könnten in einigen Ländern (Afrikas Anm.d.Verf.) die Erträge aus der vom Regen bewässerten Landwirtschaft um bis zu 50 Prozent sinken“.

Basis dieser Prognose ist der Bericht des Marrokaners Ali Agoumi, der sich auf Marokko, Algerien und Tunesien bezieht und in einer Reihe eines kanadischen Instituts für nachhaltige Entwicklung erschienen ist. Es handelt sich um graue Literatur, nicht um ein peer reviewed Paper.

Aus dem Bericht geht hervor, dass sich in Marokko in trockenen Jahren die Erträge um bis zu 50% reduzieren könnten, in Algerien um bis zu 8 %, über Tunesien steht dazu nichts. Streng genommen hätte es im Synthese-Bericht also zutreffender heißen müssen, dass es in Marokko und in Algerien bis 2020 in trockenen Jahren zu Ertragseinbußen um bis zu 50 % kommen könnte.

Man wird dem IPCC deswegen nicht vorwerfen können, seine Aussage, wonach die Erträge in „einigen“ afrikanischen Ländern zurückgehen könnten, werde durch die von ihm zitierte Literatur nicht gestützt. Mindestens wird man aber erstens sagen können, dass die Botschaft im IPCC Bericht übertrieben wirkt. Zweitens, dass die Klassifizierung dieser Botschaft im Synthese Bericht als „high confidence statement“ äußerst fragwürdig scheint. Zwar macht das IPCC aus Nordafrika tatsächlich

nicht ganz Afrika, wie es die Redaktion der FR in ihrer Überschrift behauptet, stattdessen macht es aus zwei Ländern Nordafrikas einige Länder ganz Afrikas. Zweifellos ist das ein Unterschied. Wenn man in Rechnung stellt, dass Tageszeitungen nicht die Funktion von Lehrbüchern haben, erscheint der Fehler aber nicht als besonders gravierend, denn die implizite Kernbotschaft der Überschrift, das IPCC würde die Sachlage übertrieben darstellen, lässt sich aus meiner Sicht durchaus auf den Sachverhalt anwenden.

Dieser Faktenkern ist sorgfältig zu unterscheiden von der Bedeutung, die ihm beigemessen wird. Irene Meichner bewertet den Sachverhalt in ihrem Artikel als skandalös, deutlich beeinflusst von der um die Jahreswende 2009/2010 herrschenden Aufregung um vermeintliche oder tatsächliche Fehler im IPCC Report. Diese Wertung wie auch die anderen starken Wertungen erscheinen zwar etwas deplaziert in einem nachrichtlichen Bericht. Sie sind aber zweifellos durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Stefan Rahmstorfs Haltung bezogen auf die Aussage des IPCC, wonach einige Länder Afrikas von Dürre bedroht seien, ist nicht ganz eindeutig. In seinem Blog erweckt er den Eindruck, dass er sie für noch zulässig hält. In einer Diskussion in der Zeitschrift *zeo2* im Sommer 2010 unter anderem mit Martin Claußen vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg gibt er diesem allerdings Recht: Claußen bewertet die Stelle als „Fehler“ und mahnt die IPCC Autoren dazu, in Zukunft genauer zu formulieren. Dann komme es auch nicht zu einem Aufruhr in den Medien.

Alles in allem wird man also bei der Würdigung des Informationskerns des Artikels sagen dürfen, dass die darin enthaltenen Kernvorwürfe einer kritischen Überprüfung durchaus standhalten. Insbesondere das Urteil Rahmstorfs, die Vorwürfe seien erfunden und sachlich falsch, sind unbegründet. Auch kann man den von Rahmstorf vermittelten Eindruck nicht nachvollziehen, die Belege für die vom IPCC im Synthesis Report zitierten Passagen seien völlig ausreichend und alles in allem auch zutreffend wiedergegeben.

Zutreffend erscheint lediglich die Kritik an der Überschrift des Artikels in der FR, die aber nicht von Irene Meichsner stammt. Diese Überschrift stimmt so nicht. Trotzdem verwundert es, dass die FR sich öffentlich von ihrem eigenen Artikel auf so demonstrative Weise distanziert. Eine knappe Korrektur hätte es in diesem Fall sicherlich getan. Nach Lage der Dinge entsteht der begründete Eindruck, hier distanzieren sich eine Tageszeitung auf Zuruf eines renommierten Wissenschaftlers mit recht großer Geste von einem meinungshaltigen Bericht, ohne die vom Wissenschaftler vorgebrachten inhaltlichen Einwände gegen diesen Artikel sorgfältig zu überprüfen. Die Redaktion erweckt ihren Lesern gegenüber den Eindruck, sie bewerte diesen Artikel als falsch, weil die Fakten nicht stimmen. Damit macht sie nach dem Fehler in der Überschrift einen zweiten, aus meiner Sicht weit schwereren: Die Fakten sind nämlich gar nicht das Problem, ihre Deutung ist es. Es ist befremdlich, dass die FR keinerlei Anstrengungen erkennen lässt, den Informationskern des von ihr selbst publizierten Artikels gegen eine unzureichend begründete Kritik zu verteidigen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Häme, die Rahmstorf für die Autorin des Artikels übrig hat, als eine per-

sönliche Diffamierung, die in öffentlich geführten Auseinandersetzungen nichts verloren hat. Auch oder besser gerade dann nicht, wenn es um ein so wichtiges Thema wie den Klimawandel geht. In weiten Teilen ähnelt das Vorgehen Rahmstorfs in diesem Fall dem, wogegen er sich immer so wortgewaltig wendet: Fakten werden so gebürstet, dass sie eine schon feststehende Deutung bestätigen. In diesem Fall geht es nur vordergründig um Fakten, die wahr oder falsch sein können. Es geht um die Bedeutung, die bestimmten Fakten in der Berichterstattung über den Klimawandel eingeräumt werden. Diese Deutungen sind nicht sakrosankt. Niemand kann oder will Stefan Rahmstorf oder anderen Klimaforschern das Recht bestreiten, aus ihrer Sicht unangemessene Deutungen zu kritisieren und ihnen andere entgegenzustellen. Wer aber wie Rahmstorf zwischen Fakten und ihren Deutungen nicht sorgfältig unterscheidet und auf beides das unidimensionale Kriterium von richtig oder falsch anwendet, der betritt die Sphäre des öffentlichen Meinungskampfes. Er tarnt sich als wissenschaftlicher Experte, obwohl er tatsächlich politischer Agitator ist. Er kämpft nicht gegen falsche Tatsachenbehauptungen, sondern gegen missliebige Deutungen, und zwar in diesem Fall auch mit unlauteren Mitteln, wie das Kölner

Urteil dokumentiert. Dass Rahmstorf bestimmte Passagen in seinem Blog vom 26. April 2010 inzwischen geändert bzw. ganz entfernt hat, dies dem Leser aber nicht kenntlich macht, passt ins Bild.

Die Moral von der Geschichte ist nicht sehr ermutigend. Denn Rahmstorf war ziemlich erfolgreich. Der Vorstoß, mit dem er erreichte, dass der Artikel von der FR zurückgezogen wurde, hat es auf die Seite 1 der New York Times gebracht, was Rahmstorf den Lesern seines Blogs am 25. Mai auch mit erkennbarem Stolz mitteilt. Seine Initiative steht in der New York Times für einen von mehreren erfolgreichen Versuchen von Klimaforschern, grob verzerrende oder falsche Berichte öffentlich zu korrigieren. Das mag in manchen Fällen gerechtfertigt sein.

In diesem Einzelfall ist es nichts weniger als eine Demonstration, wie man missliebige Deutungen mit Hilfe eines autoritären Wahrheitsbegriffs und mit Hilfe einer nur auf Einzelfälle begründeten und insofern empirielosen Medienverschwörungstheorie zu unterdrücken versucht.

Irene Meichsner – in ihrem juristischen Kampf um die eigene Reputation auf sich allein gestellt – hat vorerst jedenfalls genug vom Klima. Sie schreibt nicht mehr über das Thema. ]

## „Kritik kommt so oder so“

Wie agierte das Robert Koch-Institut in der EHEC-Krise? Ein Interview mit der Pressesprecherin Susanne Glasmacher über ihre Erfahrungen mit Journalisten

EHEC scheint schon eine Ewigkeit her. Dabei herrschte bei dem bisher schwersten Ausbruch in Deutschland über Wochen medialer Großalarm. Wie dramatisch war der Journalistenansturm am Robert-Koch-Institut?

Bei akuten Seuchenlagen kann der schon mal heftig werden. Bei EHEC hatten wir in der heißen Phase einen Durchschnitt von 67 Presseanfragen am Tag, den Spitzenwert erreichten wir am 3. Juni mit 126 Presseanfragen. Insgesamt hatten wir im Mai und Juni 1825 Medienanfragen zum Thema EHEC.

Nach welchen Regeln sortieren Sie die Anfrageflut?

Das Kunststück besteht im Krisenfall darin, dass die wichtigen Medien durchkommen. Wir versuchen also zunächst möglichst viele Telefonnummern anzubieten. Wenn alle Telefonleitungen belegt sind, dann schicken die meisten Journalisten heute eine Email. Das E-Mail-Pressepostfach wird ständig gesichtet.

Bedienen Sie alle Medienanfragen der Reihe nach?

Natürlich versuche ich zu priorisieren, es geht manchmal nicht ohne. Ich

schaue dann nach Reichweite und Bedeutung des Mediums. Die Tagesschau zum Beispiel rufe ich natürlich sofort zurück, auch Agenturen sowie die großen Tages- und Wochenzeitungen oder den bundesweiten Rundfunk. Die genießen schon eine Priorität, aber eine Rangliste gibt es nicht. Wünschen würde ich mir manchmal mehr Koordination von Journalistenanfragen aus ein und demselben Medium. Wenn innerhalb von wenigen Stunden vier verschiedene Journalisten aus einer renommierten Nachrichtenredaktion anrufen, dann nervt das schon mal. Die Zeit

fehlt ja dann auch anderen. Nicht alle Journalisten scheinen sich bewusst zu machen, dass in akuten Seuchenlagen auch hier am Robert Koch-Institut „die Hütte brennt.“

Sie vertreten am Robert Koch-Institut die „Eine-Stimme-Politik.“ Für Journalisten gibt es Zugriff auf Fachleute allein über die Pressestelle. Behindert diese Haltung nicht kritische Recherchen von Journalisten?

Recherchen behindern wollen wir natürlich nicht. Aber es wäre fatal, wenn sich unsere Experten öffentlich unterschiedlich äußern würden. Dann wäre schnell die Akzeptanz gefährdet. Es kommt vor, dass Journalisten direkt Experten im Haus anfragen, die aber nicht geeignet oder zumindest in dieser Situation nicht geeignet sind, oder aktuell einfach nicht da sind oder keine Zeit haben. Wenn eine Anfrage über die Pressestelle geht und wir die Eilbedürftigkeit kennen, fassen wir auch bei den Fachkollegen nach, wenn sich einer nicht meldet. Eine Rolle spielt auch ein Aspekt, den Journalisten oft nicht verstehen. Ich versuche natürlich, die Flut der Anfragen von der Fachebene fernzuhalten, weil die in einer Seuchenlage einfach ihre fachliche Arbeit machen müssen. Das hat klar Vorrang. Wir sind ja auch schon dafür kritisiert worden, warum wir nach einer Woche den Erreger noch immer nicht aufgespürt hatten. Wenn man in einer solchen Lage zu

viele Presseanfragen an die Fachebene durchstelle, dann würde sich die Aufklärung zusätzlich verzögern.

Mancher Kollege beklagt, zentrale Experten am RKI wären zeitweise komplett abgeschirmt gewesen...

Das ist immer eine Gratwanderung. Die begehrtesten Experten sind im Seuchenfall schließlich dieselben Leute, die wichtige Entscheidungen treffen müssen. Zwar kann man nicht ausschließen, dass einzelne Journalisten auch mal unzufrieden waren. Ich denke aber schon, dass wir das einigermaßen hingekommen haben. Die Presseanfragen, die fachlich waren, wurden in der Regel weitergeleitet und nach Rückmeldung der Fachebene durch die Pressestelle beantwortet. Das hat für die Medien auch den Vorteil, dass sie eine an ihren Bedürfnissen orientierte Antwort bekommen. Wenn das Medium hochrangig war und zur Klärung der Fragen oder für Zitate ein Gespräch sinnvoll schien, hat es Interviews und Hintergrundgespräche mit der Fachebene gegeben. Eine wichtige Rolle spielt auch die Fachkunde des Fragestellers. Ich sehe es als Aufgabe der Pressestelle und nicht der Fachebene an, solchen Journalisten, die sich bisher offenkundig wenig mit dem Thema befassen konnten, die Grundlagen zu erläutern.

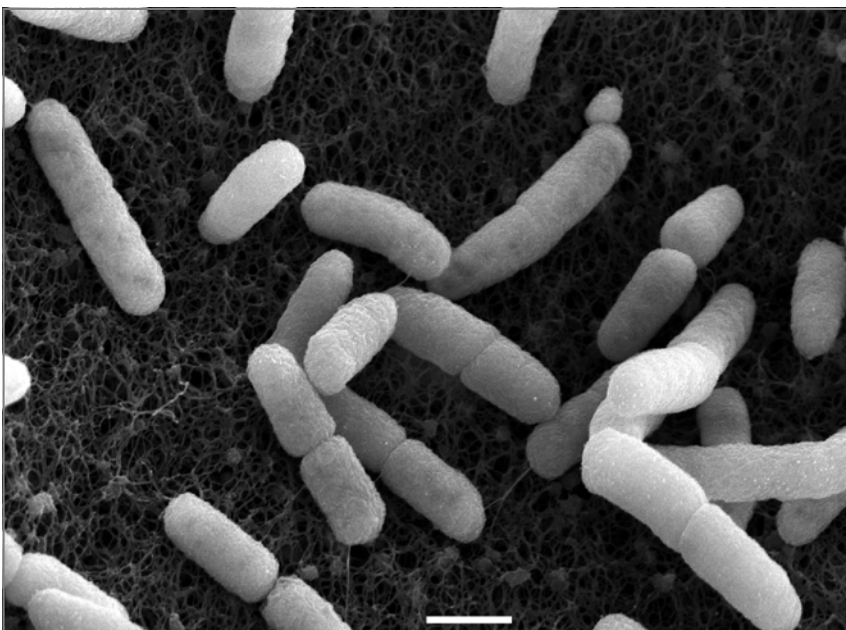
Viele Journalisten wollten bei den Ausbruchsermittlungen vor Ort live

dabei sein. Diese Bitte wurde meist abgeschlagen. Warum?

Wir haben das nur sehr eingeschränkt machen können. Es beeinträchtigt und verzögert die Arbeit, wenn Journalisten mitlaufen, und parallel zur wissenschaftlichen Patientenbefragung auch zum Beispiel Persönlichkeitsrechte geschützt werden müssen. Gerade beim Fernsehen ist zudem der organisatorische Aufwand hoch. Wir haben das so zu lösen versucht, indem wir einzelnen Fernsehsendern Aufnahmen im Lagezentrum ermöglicht haben. Das haben wir dann aber als Poollösung organisiert, das heißt, diese Sender mussten sich bereit erklären, die Aufnahmen bei Anfragen an Dritte weiterzugeben. Daraus ergab sich bei einem Fernsehsender noch ein Dreh bei einer Patientenbefragung. Zurückhaltender waren wir bei Zeitungen, weil da eine Priorisierung schwierig ist und meist keine Informationen ausgetauscht werden.

Politiker und Behörden haben ihr Krisenmanagement nach dem Ausbruch gelobt. In der Krise war die öffentliche Wahrnehmung eine völlig andere: Das EHEC-Krisenmanagement sei „langsam, unkoordiniert, verwirrend“ – so lauteten einige Vorwürfe. Wieso erscheint jede Krise inmitten der Krise dramatischer als im Rückblick?

Meine Wahrnehmung, die ich aber nicht durch Daten belegen kann, ist, dass bei einem Seuchengeschehen mit hohem Medieninteresse die Masse der Berichterstattung über Journalisten läuft, die eher selten Wissenschaftsthemen bearbeiten. Die kennen sich mit den zuständigen Behörden und deren Verwaltungsstrukturen aber nicht so gut aus. Ich fand es überraschend und zum Teil sogar ärgerlich, dass manche Journalisten offenkundig nicht bereit waren oder nicht die Zeit hatten, sich soweit kundig zu machen, dass man wusste, dass es für humanwissenschaftliche Aspekte zuständige Behörden gibt und solche, die lebensmittelbezogene Fragen zu klären haben und wie das Bundesinstitut für Risikobewertung Verzehrempfehlungen abgeben. Aber das Robert Koch-Institut ist wohl bekannter, und so wurden wir ständig mit Fragen konfrontiert, für die wir nicht zuständig sind und keine Expertise haben. Hinzu kam die Kritik am Föderalismus, der



Diese EHEC-Mikroben verursachten auch in der Kommunikationsabteilung des Robert-Koch-Instituts Probleme.

von jeher beliebtes Objekt medialer Kritik zu sein scheint. Vermutlich stehen die Journalisten bei einem solchen Ausbruchsgeschehen auch unter besonderem Zeitdruck und Berichtsdruck.

[Erreger machen nun einmal an Ländergrenzen nicht halt, ebenso wenig wie an Behördengrenzen. Ist die Kritik an mangelnder Koordination nicht Aufgabe des Journalismus?](#)

Klar, wenn sie berechtigt ist. In der EHEC-Welle wurden die Bundesländer zum Teil heftig kritisiert für ihr Handeln. Ich kann das nicht im Einzelnen bewerten. Aber zum Beispiel bezogen auf den Gurkenfund der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat das zuständige Bundesinstitut für Risikobewertung in einer Stellungnahme noch am gleichen Tag mitgeteilt: „Noch ist nicht bewiesen, dass auf den untersuchten Gurken der gleiche EHEC-Subtyp vorhanden war wie in den Stuhlproben der Erkrankten.“ In den Medien dagegen wurde der Fund tagelang als Durchbruch gefeiert. Aber zumindest die Pressemitteilung der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz lässt diesen eindeutigen Schluss nicht zu. Die Kritik an dem angeblichen Behördenwirrwarr hat sicher auch damit zu tun, dass sich kaum ein Journalist genauer mit deren jeweiligen Aufgabengebieten befassen konnte und viele Kommunikationsaktivitäten zwischen den Behörden nicht bekannt waren.

[Die Idee, das ehemalige Bundesgesundheitsamt wieder zu beleben, halten Sie demnach wohl für keine bedenkenwerte Option?](#)

Dazu müsste die Politik sich äußern, wenn etwas geändert werden soll. Ich habe diese öffentliche Forderung jedenfalls staunend vernommen. Soweit ich mich an die Krise mit HIV-verseuchten Blutprodukten erinnere, waren damals nicht alle glücklich mit der Größe des damaligen Bundesgesundheitsamtes. Am Beispiel EHEC kann man sehen, dass die einfache These, „zentrale Entscheidungen sind besser,“ nicht immer stimmt: In Hamburg sind zum Beispiel die Bereiche Gesundheit, Lebensmittel und Landwirtschaft in einer Senatsbehörde vereinigt. In Niedersachsen dagegen sind die Bereiche Gesundheit und Landwirtschaft auf zwei Ministerien

verteilt. In Hamburg hat sich der Verdacht von EHEC-Erregern auf Gurken als Ausbruchsursache nicht bestätigt. In Niedersachsen dagegen hat sich die geäußerte Vermutung, dass Sprossen von einem bestimmten Hof die Quelle der Infektionen sind, letztlich bestätigt. Schon an solchen Fakten erkennt man, dass die Kritik am angeblichen Behördenwirrwarr eher pauschal und nicht immer stimmig war. Entscheidend ist eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen kompetenten Experten, egal in welcher Behörde sie arbeiten.

[Als der Landwirtschaftsminister von Niedersachsen öffentlich vor dem Verzehr von Sprossen warnte, herrschte aber zunächst Verwirrung in Berlin. Waren seine Äußerungen dort nicht abgestimmt?](#)

Man kann im Rückblick sicher darüber diskutieren, ob die Informationspolitik der Länder in allen Situationen ideal war. Aber die Minister sind nun einmal verantwortlich für den Gesundheits- und Infektionsschutz ihrer Bürger. Sie stehen in einem sich rasch wandelnden Seuchengeschehen immer wieder vor der peinlichen Befragung der Journalisten, seit wann eine Information vorlag. Jeder Verantwortliche muss dabei einen Balanceakt vollführen: Er soll die Öffentlichkeit unverzüglich informieren, wenn sich ein verlässlicher Verdacht zeigt. Zugleich aber soll er auch nicht jeden bloßen Verdacht äußern, der gerade erst überprüft wird. Hier den richtigen Zeitpunkt zu erwischen, wird während einer Krise immer eine Gratwanderung bleiben. Wir haben in der EHEC-Welle im RKI auch mal, zusammen mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung, eine Pressekonferenz um 19 Uhr gemacht, zu der wir erst um 17 Uhr eingeladen hatten. Dabei ging es um die Warnung vor dem Verzehr von rohen Salaten, Gurken und Tomaten insbesondere in Norddeutschland. Wir haben damals die Chance gesehen, einen größeren Teil der Tagespresse und das Fernsehen – und damit die Bevölkerung – einen Tag früher zu erreichen.

[Und dann meldet dpa in einer Eilmeldung schon um 19 Uhr 12: „RKI warnt vor Salat, Gurken und Tomaten aus Norddeutschland.“ Und sofort läuft der Bauernverband Amok,](#)

[weil Gemüse bundesweit zu Sondermüll wird.](#)

Unsere Botschaft haben viele falsch verstanden. Bei der Pressekonferenz hatten wir und vor allem auch das für Verzehrsempfehlungen zuständige Bundesinstitut für Risikobewertung vom Gemüseverzehr in Norddeutschland gesprochen, weil dort die meisten Infektionen auftraten. Das Missverständnis ist vielleicht dadurch erleichtert worden, dass wir das schriftliche Statement erst am nächsten Tag ins Internet gestellt haben. Im Nachhinein war das sicher nicht glücklich. Allerdings wurde in der Pressekonferenz mehrfach darauf hingewiesen, dass der Ursprung der Lebensmittel nicht bekannt ist, die den Ausbruch verursacht haben. Daraus lässt sich auch ableiten, dass es nicht um Gemüse aus einer bestimmten Region ging.

[Es gab die zentrale Warnung des Bundesinstituts für Risikobewertung und des RKI, aber regional unterschiedliche Betroffenheiten in Bezug auf das Ansteckungsrisiko. Haben die Regionalzeitungen solche Unterschiede abgebildet?](#)

Die Verzehrswarnung bezog sich vorwiegend auf Norddeutschland. Dort sind mit Abstand die meisten Fälle aufgetreten. Bei den meisten Fällen außerhalb von Norddeutschland gab es einen Bezug zu dieser Region. Aber der Ausbruch war ungeachtet der Regionalität ungewöhnlich groß, daher haben auch die überregionalen Medien berichtet, und die Lokalmedien nicht betroffener Regionen. Allerdings gab es ja auch eine Unschärfe des Ausbruchs. Man konnte keine scharfe Linie ziehen, solange die Quelle des Ausbruchs und damit die Vertriebswege unbekannt waren. Was meint „Norddeutschland“? Das wollten Journalisten wissen und wir konnten zunächst keine präzisen Antworten geben.

[Am Ende lagen Sie mit ihrer Warnung knapp daneben. Es war nicht der Salat, sondern die Sprossen, die allerdings zusammen damit verzehrt wurden...](#)

Daher war die Verzehrsempfehlung für roh verzehrte Tomaten, Gurken und Blattsalate auch wichtig. Dass der Erreger auch in einer Salatzutat stecken könnte ist von uns sicher mal gesagt, aber nicht betont worden.

Es ist wichtig zu beachten, dass im Robert Koch-Institut nicht die Expertise für Verzehrempfehlungen existiert. Dafür ist das Bundesinstitut für Risikobewertung zuständig. Epidemiologen können aufgrund von standardisierten Befragungen sagen, dass sich ein erhöhtes Infektionsrisiko beim Verzehr dieser oder jener Lebensmittel ergeben hat.

Wieso wurden Sprossen als mögliche Zutat im Salat übersehen bei der Warnung?

Bereits bei der ersten intensiven Befragung von Hamburger Patienten war eine Vielzahl von tierischen und pflanzlichen Lebensmittel einschließlich Sprossen berücksichtigt worden. Bei dieser explorativen Befragung gaben nur 3 von 12 Patienten an, Sprossen verzehrt zu haben. Die befragten Patienten fühlten durch eine besonders bewusste und aufmerksame Ernährungsgewohnheit auf, so dass eine relevante Untererfassung von Sprossen unwahrscheinlich schien. Es ist eine methodische Forderung und Standardvorgehensweise, möglichst nur solche Expositionen einzuschließen, die potenziell in der Lage sind, epidemiologisch einen großen Teil des Ausbruchsgeschehens zu erklären. Andernfalls erhöht sich bei Einschluss einer zu großen Anzahl von Expositionen die Gefahr fälschlich positiver Zusammenhänge.

Daher wurden die Sprossen zunächst nicht weiterverfolgt. Sprossen wurden in späteren ausführlichen Befragungen des RKI aber wieder berücksichtigt. Insgesamt gaben aber auch da nur 30 Prozent der Patienten an, Sprossen im angenommenen Infektionszeitraum verzehrt zu haben. Wirklich eindeutig waren Sprossen als Ursache erst in der Restaurant-Rezeptstudie identifizierbar, und das Ergebnis hat die Vertriebsweganalysen bestätigt und ergänzt.

Mir scheint, der erhöhte Zeitdruck und die journalistische Sehnsucht nach schnellen Antworten erleben alle Akteure in einer Krise als Zumutung. Auch die Wissenschaft. Wenn diese die erwünschte Klarheit nicht zeitnah liefern kann, stoßen in der Öffentlichkeit fachfremde Experten in die Lücke und stellen zum Teil wüste Theorien in den Raum. Liegt das vielleicht auch daran, dass die

eigentlichen Akteure ihre Unsicherheiten nicht ausreichend thematisieren?

Schwer zu sagen. Uns ist schon bewusst, dass Unsicherheit thematisiert werden muss. Das haben wir auch versucht umzusetzen. In der ersten gemeinsamen Stellungnahme von RKI und BfR stand zum Beispiel der Satz „Der Verzehr von einem oder mehreren der genannten Lebensmittel würde einen Großteil der HUS-Fälle erklären, dennoch ist nicht auszuschließen, dass auch noch andere Lebensmittel als Infektionsquelle in Frage kommen.“ Es hätte auch die Salatsoße sein können, oder ein Gewürz. Betont man das aber zu sehr, dann kauft vermutlich kaum einer noch Salatsoßen oder Gewürze. Und man würde vermutlich dafür kritisiert, dass man ohne Hinweise bestimmte Lebensmittel diskreditiert. Wir haben vor allem gemerkt, wie entscheidend es ist, intensiver und vor allem aktiver über das eigene Handeln zu informieren. Es war zum Beispiel wenig bekannt, dass mit epidemiologischen Methoden generell nicht beweisbar ist, welches Lebensmittel genau Träger des Bakteriums ist, dazu sind die Analysen der Lebensmittelvertriebswege und die Untersuchung der Lebensmittel notwendig.

Es macht also Sinn zu erklären, was eine aufsuchende Epidemiologie leisten kann und was nicht?

Ja, es gab eine Phase im Verlauf der EHEC-Epidemie, wo man merkte, dass die Medien ungeduldig wurden. Bei manchen Journalisten gab es da wenig Verständnis und Sachkunde über die knifflige Detektivarbeit der Wissenschaftler. Dabei haben die Epidemiologen teilweise nachts und am Wochenende durchgearbeitet. Da gab es keine langen Wochenenden. Und deshalb schmerzt es besonders, wenn in einer Regionalzeitung plötzlich das Gegenteil zu lesen ist und der Wachdienst als Kronzeuge dient, zumal diese Zeitung eine renommierte Wissenschaftsredaktion hat. Solche Geschichten verstärken meinen Eindruck: Kritik kommt so oder so, daher sollte man wenigstens Fehler vermeiden, um keine Anknüpfungspunkte zu liefern. Eine aktivere Informationspolitik hilft zumindest in diesem Punkt: Man ist weniger angreifbar.

Im Verband der Wissenschafts-Presskonferenz gibt es Überlegungen, mitten in Krisen wie EHEC „Skype“-Konferenzen abzuhalten, um die Fachkollegen schneller und dezentral mit zentralen Hintergrundinformationen versorgen zu können. Dabei könnten Wissenschaftsjournalisten Einschätzungen der Lage austauschen und offene Fragen an Experten über zeitnah zu erwartende Ergebnisse stellen. Was halten Sie von so einem Modell?

Das klingt wie eine kluge Idee, bei der man gemeinsam überlegen sollte, wie man das konkret umsetzen könnte. Es wäre in einer kritischen Lage, in der Pressestellen, Fachbehörden und Politik zeitlich massiv belastet sind, auf jeden Fall ein Vorteil, wenn die WPK oder der Arbeitskreis Medizinpublizisten sagen würden: Wir organisieren alles, ihr müsst uns nur einen oder zwei Referenten für eine Stunde stellen. Solche Multiplikatoren-Initiativen sind sinnvoll. Das wäre eine zeitliche Investition, die gut angelegt ist für die entscheidenden Fachleute in unserem Haus.

Welchen Satz über EHEC haben Sie in den Medien bisher vermisst?

Vermisst habe ich den Satz, wonach die Suche nach der Ursache dieses schweren EHEC-Ausbruchs im Grunde eine Erfolgsgeschichte ist. Aber nach dieser Berichterstattung ist das kein Wunder, die „Haupt-Botschaften“ in den Medien sind nachträglich kaum mehr zu korrigieren. Wenn man sich die Medienmechanismen anschaut, dann kann man daran zweifeln, ob es je einen größeren Krankheitsausbruch geben wird, ohne dass Vorwürfe über ein Zuständigkeitschaos oder Behördenwirrwarr erhoben werden. ]

Mit Susanne Glasmacher sprach Volker Stollorz

Volker Stollorz

ist freier Wissenschaftsjournalist und lebt in Köln.



## Die Warnung vor der Asche: Nicht schnell, aber plötzlich

Auch bei der zweiten Aschewolke, die im Mai 2010 Hunderte Flugzeuge am Boden hielt, offenbaren Behörden Mängel bei der Risikokommunikation. Ein Erfahrungsbericht.

Von Axel Bojanowski

Es ist interessant, Journalist zu sein, man darf blöde Fragen stellen. Es ist anstrengend, Journalist zu sein, man muss blöde Fragen stellen. Ende Mai näherte sich erneut eine Aschewolke von einem Vulkan aus Island. Als aschewolkeerprobte Redaktion schauten wir am 24. Mai auf die Wetterkarte des britischen Wetterdienstes: Sie zeigte, dass ein breiter Ascheschleier auf Norddeutschland zu trieb; am frühen Morgen des 25. Mai würde er über Hamburg und Bremen schweben. Blöde Frage an die Pressestelle des Verkehrsministeriums per E-Mail am Mittag des 24. Mai: Droht ein Flugverbot?

Eine simple Angelegenheit, sollte man meinen. Die Aschewolke enthielt laut dem internationalen Aschewolken-Kontrollzentrum in Großbritannien, dem Volcanic Ash Advisory Center (VAAC), genügend Partikel, um Flugzeugtriebwerke zu gefährden. Doch an jenem Tag hätte ich nicht Sprecher im Verkehrsministerium sein wollen; die Kollegen waren in der Klemme: Ein Flugverbot muss zwischen mehreren Behörden abgestimmt werden: Flugsicherung, Wetterdienst und Verkehrsministerium müssen darüber beraten. Die Aschewolke zog unbeeirrt Richtung Deutschland, aber die Deutschen wurden darüber nicht informiert. Noch wenige Stunden, bevor sich der Schleier über Hamburg, Bremen und Berlin schob, konnten von den Flughäfen dieser Städte aus Reisen für die nächsten Stunden gebucht werden.

Meine E-Mail ans Verkehrsministerium in der Mittagszeit des 24. Mai, also am Vortag des Aschechaos, blieb stundenlang unbeantwortet. Erst am Abend, wenige Stunden, bevor die Asche über Deutschland treiben sollte, kam per E-Mail die Antwort des Ministeriums. Ihr Inhalt war der Verweis auf eine Pressemitteilung mit dem Titel: „Deutschland legt verbind-

liche Grenzwerte für Vulkanasche in der Luft fest“. In der Mitteilung hieß es: „Für den deutschen Luftraum besteht aktuell keine Gefahr. Deutschland muss aber gerüstet und vorbe-reitet sein.“

Dafür, dass Deutschland auf Aschewolken vorbereitet sei, habe die Bundesregierung seit der Aschewolke des Eyjafjallajökull einiges getan, stellte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in der Pressemitteilung fest – während die neue Aschewolke des Grímsvötn bereits weit über die Nordsee Richtung Deutschland vorgerückt war: „Wir stellen klare und für alle Beteiligten in Deutschland verbindliche Regeln für den Fall auf, dass eine neue Aschewolke den Luftverkehr gefährdet. So können wir schnell, zuverlässig und angemessen auf mögliche Gefahren reagieren.“

Schnell ging es zwar nicht, aber plötzlich: In der Nacht zum 25. Mai verbreiteten die Nachrichtenagenturen die Eilmeldung, dass für den nächsten Morgen ab sechs Uhr Flugverbot in Hamburg und Bremen gelte. Die ersten Ausläufer der Aschewolke waren zu diesem Zeitpunkt vermutlich bereits über deutschem Luftraum. Das Flugverbot wurde am Vormittag auf Berlin ausgeweitet, es blieb bis in die Mittagszeit bestehen; Hunderte Flüge fielen aus, Zehntausende Reisende strandeten auf Flughäfen.

Laut Minister Ramsauer sollte aber wenigstens von nun an alles unter Kontrolle sein. Ein Chaos wie nach dem Ausbruch des Eyjafjallajökull 2010 sollte vermieden werden. Damals gab es tagelang keine Messwerte von der Aschewolke, es blieb unklar, ob überhaupt eine bedrohliche Partikelmenge in der Luft schwebte. Diesmal glaubte man sich besser vorbereitet – Messstationen hätten die Aschewolke im Blick: „Die Prognosen des VAAC werden vom Deut-

schen Wetterdienst durch zusätzliche Messungen und alternative Ausbreitungsberechnungen ergänzt und präzisiert“, teilte Raumsauer in seiner Stellungnahme im Mai mit. „Ein flächendeckendes Messnetz von 52 Stationen in ganz Deutschland und Messflugzeuge stehen dafür bereit.“

Als die Asche am 25. Mai dann über Norddeutschland zog, verfügte das Verkehrsministerium jedoch nach eigenen Angaben wieder nicht über Messergebnisse. Mein Kollege Volker Mrasek und ich hatten unterdessen von mehreren Forschungsinstituten in Deutschland und aus anderen nordeuropäischen Ländern Daten bekommen: Demnach lagen die Aschekonzentrationen weit unterhalb des Grenzwertes für ein Flugverbot. Das Verkehrsministerium reagierte am Nachmittag des 25. Mai überrascht auf diese Daten. Aber wie hätte es anders entscheiden können angesichts der Vorhersage des VAAC? „Sicherheit geht vor, wir wollten mit dem Flugverbot jedes Risiko vermeiden“, sagte ein Ministeriumssprecher auf Anfrage.

Im Juli im Bundestag verteidigte die Bundesregierung die Sperrung des Luftraums: „Auch aus heutiger Sicht der Erkenntnisse der realen Aschekonzentration“ sei das Flugverbot notwendig gewesen. Der von der VAAC bekanntgegebene Grenzwert für die Aschekonzentration beziehe sich schließlich nicht auf die tatsächliche Konzentration, denen Triebwerke tatsächlich ausgesetzt sind, sondern auf eine Vorhersage der Konzentration. Die Ausbreitung von Vulkanasche sei jedoch schwer vorherzusagen, betonen Wissenschaftler.

Mittlerweile bemängelt das Verkehrsministerium die Qualität der Aschewolken-Prognosen des VAAC. „Es gibt deutliche Abweichungen zwischen Vorhersage und Realität“,

räumt Ramsauer ein. Die Prognosen müssten europaweit besser abgestimmt werden, fordert der Bundesverkehrsminister. Doch auch die Abstimmung der deutschen Bundesbehörden und Forschungsinstitute ist verbesserungswürdig, wie der holprige Ablauf im Mai gezeigt hat. Dabei sollte sich die Verwirrung vom April 2010 ja eigentlich nicht mehr wiederholen. Vorwarnung und Aschemessungen haben sich seit 2010 aber kaum verbessert. Grundlegende Reformen sind gefragt:

- Die Vorwarnung des VAAC müsste von den deutschen Behörden deutlich schneller verarbeitet und verbreitet werden.
- Die Simulationen der Aschewolke-Ausbreitung muss experimentell besser überprüft werden, hier ist Grundlagenforschung notwendig.
- Die drei verantwortlichen deutschen Behörden müssten den Ablauf einer Warnung besser regeln; sie wurden auch 2011 wieder von den Ereignissen überrascht, reagierten zu spät und waren nicht gut koordiniert.
- Der Ablauf der Entscheidungsfindung in den Behörden während des Anfluges einer Aschewolke müsste transparent sein.
- Die Asche-Grenzwerte für Flugverbote müssten in Triebwerksexperimenten besser überprüft werden.
- Die Dichte der Aschewolke müsste schneller vermessen werden können; die Messergebnisse müssten den Behörden schneller zur Verfügung stehen und öffentlich gemacht werden.

Viel Arbeit ist also nötig, um auf die nächste Aschewolke besser reagieren zu können. Angesichts dieser Herausforderungen ist es dann doch mal bequemer, Journalist zu sein, zuweilen muss man nur blöde Fragen zu stellen. ]

Axel Bojanowski



ist Diplom-Geologe und Wissenschaftsredakteur bei SPIEGEL ONLINE und berichtet über Klimaforschung

## Fukushima und die Karriere eines Angst besetzten Wortes: Kernschmelze

Von Markus Lehmkuhl

Nach Tschernobyl 1986 gab es wohl kaum einen Begriff, der die Schrecken eines möglichen Atomunfalls kompakter gebündelt hätte, als die „Kernschmelze“. Das Wort stand für das Allerschlimmste, das passieren kann. Der Begriff ist seit Tschernobyl Teil des kulturellen Gedächtnisses, er steht für etwas, das nicht nur hypothetisch, sondern tatsächlich möglich ist. Er steht für ein Risiko, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als winzig eingestuft werden muss, will man die Akzeptanz der Bevölkerung für diese Technik erhalten oder erringen. Alle übrigen gewichtigen Risiken der friedlichen Nutzung von Atomkraft treten in den Hintergrund vor dem, was mit diesem Begriff seit 1986 semantisch verknüpft ist: Großflächige Verstrahlung, nachhaltige Unbewohnbarkeit riesiger Räume, grotesk anmutende Missbildungen von Kindern, Krebs... Und es gibt

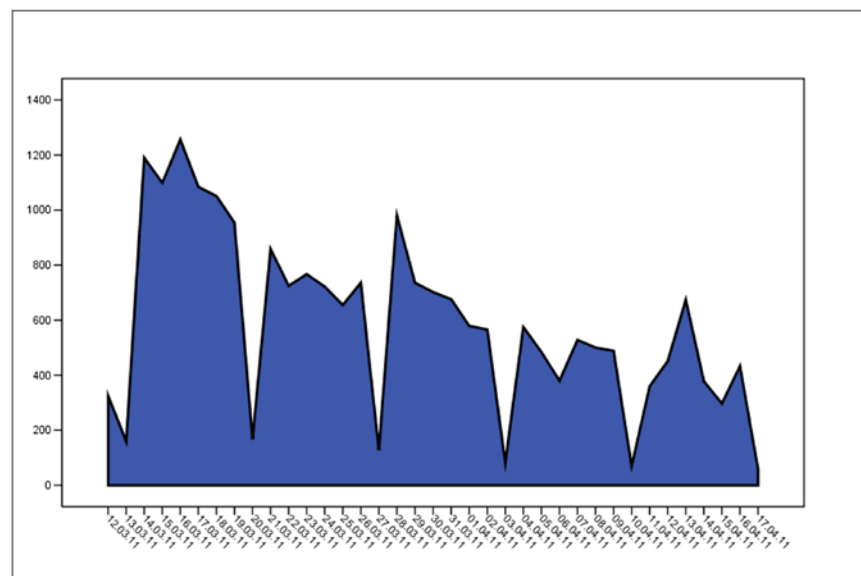
nichts, was man dagegen tun könnte.

Es mag für die Symbolkraft dieses Begriffes sprechen, dass sich unmittelbar nach der Katastrophe in Fukushima fast die gesamte Katastrophenberichterstattung um dieses Reizwort dreht: „Kernschmelze“. Am 12. März, einen Tag nach dem Tsunami, erscheint der Begriff Fukushima in fast drei Vierteln aller 200 in Deutschland erschienenen Artikeln gemeinsam mit dem Kernschmelze. Die deutsche Presse fragt sich, ob eine Kernschmelze drohe oder schon eingesetzt habe.

Am 13. und 14. März flutet die deutsche Publizistik die Öffentlichkeit mit Berichten. Binnen zwei Tagen erscheinen über 1300 Artikel. In knapp der Hälfte dieser Artikel erscheint das Symbol für das Allerschrecklichste, die „Kernschmelze“. Dass diese bereits eingesetzt hätte, meldet die Tageschau unmittelbar nach der Katastro-

### Zahl der Artikel über Fukushima in der deutschen Presse vom 12.03 bis zum 17.04.2011

Die Angaben beruhen auf den Eintragungen der Datenbank Genios, die eine große Zahl bundesdeutscher Pressetitel im Volltext zur Verfügung stellt.



Binnen fünf Wochen publizierte die deutsche Tagespresse 21875 Artikel, in denen Bezug genommen wird zu Fukushima. Verglichen mit der Berichterstattung in den USA nimmt die Thematisierung des Ereignisses im Zeitverlauf nur langsam ab. Noch fünf Wochen nach dem Erdbeben erscheinen über 2600 Artikel, in denen Fukushima erwähnt wird.

phe. Etwas voreilig, wie sie später einräumte. Bis zur offiziellen Bestätigung durch amtliche japanische Quellen am 28. März dominiert eine „drohende Kernschmelze“, die mehr oder weniger wahrscheinlich erscheint.

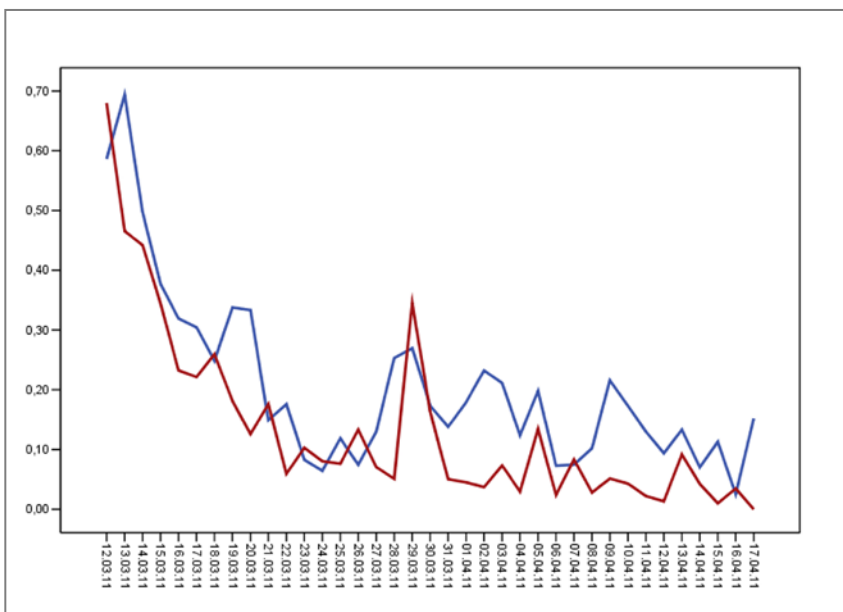
Die Informationspolitik der japanischen Regierung und des Betreibers des AKW Tepco schien angesichts der Symbolkraft dieses Wortes darauf gerichtet zu sein, auch publizistisch

Es ist verblüffend, wie schnell die Symbolkraft des Begriffes „Kernschmelze“ erodierte. Bereits unmittelbar nach dem Tsunami und der Atomkatastrophe von Fukushima nimmt die Nennung des Wortes im Zusammenhang mit Fukushima rapide ab (siehe Grafik). In der zweiten Woche nach der Katastrophe fällt in 100 Artikeln über Fukushima in 15 der Begriff „Kernschmelze“. Im weiteren Zeitverlauf befassen sich abgesehen

Das, was unmittelbar nach dem Beben in Japan noch als eine schwer erträgliche Vorstellung erschien, war nach 14 Tagen Gewöhnung an eine der furchtbarsten Katastrophen der Neuzeit etwas, das kaum noch jemanden nachhaltig zu erschrecken vermochte. Es mutet an, als verhielte sich die öffentliche Wahrnehmung eines katastrophalen Risikos wie ein Börsenkurs, der von Gerüchten angeregt starke Ausschläge zeigt. Wenn sich die Gerüchte schließlich bewahrheiten, gibt es kaum noch Kursausschläge. Man hat nichts anderes erwartet.

### Thematisierung der Kernschmelze in den Medien in Deutschland (rote Linie) und den USA (blaue Linie)

Die Analyse basiert auf den Volltext-Datenbanken Genios (Deutschland) und LexisNexis (USA).



Die Grafik weist den Anteil der Artikel über Fukushima in Prozent aus, in denen die Kernschmelze thematisiert wurde. Es ist verblüffend, wie stark sich der Verlauf der Linien ähnelt. Das deutet darauf hin, dass die japanische Regierung zumindest im publizistischen Kampf gegen die Kernschmelze erfolgreich war.

gegen die Kernschmelze zu kämpfen. Eine Kernschmelze galt es publizistisch und tatsächlich zu verhindern. Man fütterte die Öffentlichkeit geflissentlich mit Informationen, die das realistisch erscheinen ließen. Diese Informationspolitik konnte die Welt glauben lassen, dass es zum Allerschlimmsten nicht gekommen ist. Und wer wollte das zu diesem Zeitpunkt nicht glauben? Man konnte den Eindruck gewinnen, dass es eine Kernschmelze nicht geben durfte. Es war fast so, als wolle die Öffentlichkeit die Augen verschließen vor dem, was die Indizien nahelegten: Die Kernschmelze hatte – wie im Siedewasserreaktor von Harrisburg – unmittelbar nach dem Ausfall der Kühlung eingesetzt.

von drei Ausnahmen nur noch zwischen fünf und zehn Prozent aller Artikel eines Tages, in denen der Begriff Fukushima vorkommt, mit der Kernschmelze.

Lediglich am 29. März springt der Begriff den deutschen Zeitungsleser für einen Tag erneut an. Die japanische Regierung räumt ein, dass es zu einer „partiellen Kernschmelze“ gekommen sei. Schon einen Tag später spielt sie keine Rolle mehr. Jetzt ist es amtlich: Es ist zu einer Kernschmelze gekommen. Nimmt man das rapide Absinken des Interesses an dieser Tatsache einen Tag nach seiner Verlautbarung als Indiz, dann schien die Öffentlichkeit daran nurmehr mäßig interessiert. Kernschmelze! Na und?

Nur zwei weitere Ereignisse sorgen danach noch dafür, dass der Begriff der Kernschmelze in mehr als fünf von Hundert Artikeln über Fukushima und die Folgen vorkommt. Am 04. April leitet Tepco verstrahltes Wasser ins Meer. Am 12. April stuft Japan den GAU auf Stufe 7 hoch. Damit ist er jetzt – amtlich betrachtet – dem Reaktorunglück in Tschernobyl gleichgestellt.

Die Berichterstattung über Fukushima und die Kernschmelze in Deutschland zeigt verglichen mit der in den USA Unterschiede und Ähnlichkeiten. Anders als in Deutschland beschäftigt sich ein größerer Anteil von Artikeln in den USA mit der Kernschmelze. Während über den gesamten Zeitraum von fünf Wochen nach der Katastrophe 21 Prozent der Artikel die Kernschmelze thematisieren, sind es in Deutschland im Mittel 14 Prozent. Dies dürfte mindestens teilweise dem Umstand zuzuschreiben sein, dass Fukushima in Deutschland anders als in den USA die so genannte Energiewende einleitete. Dazu passt auch, dass der Berichterstattungsausstoß in den USA nach der ersten Berichterstattungswoche deutlicher sinkt als der in Deutschland. Durch die Diskussion um die Energiewende ergaben sich in Deutschland mehr Berichterstattungsanlässe als in den USA.

Ein verblüffend ähnliches Muster zeigt die Thematisierung der Kernschmelze. Auch in den USA dominiert zu Anfang die Angst vor der Kernschmelze. Allerdings verliert der Begriff auch hier schnell an Strahlkraft. Die beiden Kurven, die das Verhältnis der Artikel abbilden, in denen nur der Begriff Fukushima vorkommt und denen, in denen die Begriffe Fukushima und

Kernschmelze semantisch verknüpft sind, zeigen nahezu identische Ausschläge im Verlauf von sechs Wochen. Mit anderen Worten: Gelegentlich mit einem Vorlauf oder einer Verzögerung von einem Tag steigt und fällt die Beschäftigung der amerikanischen Presse mit der Kernschmelze fast genau so wie die der deutschen. Wäre der Verlauf der Kurven völlig identisch, er-

gäbe sich statistisch ausgedrückt ein Zusammenhang von  $p=1.00$ . Er beträgt tatsächlich  $p=.85$ .

Es muss also etwas geben, dass diese Ähnlichkeiten erklärt.

Akzeptiert man einzelne Untersuchungen der Berichterstattung über Tschernobyl und besonders Harrisburg als geeignete Referenz, dann könnte sich darin etwas ausdrücken, dass für

ein Merkmal der Berichterstattung über Risiken im Allgemeinen und Reaktorunfälle im Besonderen gehalten wird: Die Berichterstattung orientiert sich stark an der Verlautbarungspraxis amtlicher Quellen. Die Ähnlichkeiten im Verlauf der Kurven deuten darauf hin, dass die japanische Regierung mindestens im Kampf gegen die publizistische Kernschmelze sehr erfolgreich war. ]

## Medien und ihre Resonanzeffekte in der Wissenschaft

Fälschungen und Übertreibungen in renommierten Zeitschriften werfen ein Schlaglicht auf die Auswahlroutinen von wissenschaftlichen Zeitschriften. Eine Analyse.

Von Martina Franzen

Kurz vor Weihnachten 2005 machten sich namhafte Stammzellforscher in einem gemeinsamen Brief, abgedruckt in *Science*, dafür stark, die Aufklärung der Fälschungsvorwürfe gegen den Klonforscher Hwang Woo Suk nicht in den Medien auszutragen, sondern der Wissenschaft zu überlassen. Ein Whistleblower hatte zuvor Informationen an den koreanischen Fernsehsender MBC gespielt. Sie beinhalteten Hinweise auf wissenschaftliche Ungeheimheiten eines *Science*-Artikels, der von der Generierung patientenspezifischer Stammzellen handelte und sie betrafen die Angaben zur Praxis der Eizellspende in dem ersten *Science*-Papier der Arbeitsgruppe um Hwang. Redakteure des TV-Magazin PD Notebook machten den Betrugsverdacht schließlich öffentlich, und zwar nachdem die Ergebnisse eines genetischen Tests der Zellen vorlagen, den sie eigens in Auftrag gegeben hatten. Das Ende der Geschichte ist bekannt: Die von der Universität Seoul beauftragte Untersuchungskommission bestätigte den Verdacht der Datenfabrikation, *Science* zog daraufhin beide Artikel zurück. Medien aller Welt begleiteten Hwang's Aufstieg zum „König des Klonens“, aber sie sorgten auch für seinen Untergang.

Inzwischen hat sich die Medienlandschaft verändert. Mit der zunehmenden Verbreitung des „Jedermann-Journalismus“ (Gerd Blank) in Form von Blogs und Tweets werden die klassischen Medien herausgefordert, so das Thema des letzten WPK-Quarterly. Als

Echtzeitmedien sind sie gegenüber den traditionellen Verbreitungswegen klar im Vorteil, und da sie keine Medienorganisation voraussetzen, räumen sie der Kommunikation insgesamt mehr Freiheitsgrade ein. So bilden sich neue Beobachtungsposten der Gesellschaft heraus, jenseits der Massenmedien und des professionellen Journalismus. Auch die Wissenschaft gerät dabei ins Visier. Gleichzeitig macht die Wissenschaft selbst von den neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation Gebrauch. Der Streit um den Arsen-Artikel liefert interessantes Material, um nach dem medialen Einfluss auf die wissenschaftliche Kommunikation zu fragen. Ins Zentrum rückt dabei die Frage nach der Rolle wissenschaftlicher Zeitschriften im Medialisierungsprozess.

### Wo dürfen wissenschaftliche Kontroversen ausgetragen werden?

Genau wie bei Hwang wurde im Zuge der aufkeimenden Kritik an den Ergebnissen von Felisa Wolfe-Simon et al. seitens der beteiligten Forschungsinstitution NASA und der Autoren gefordert, die Klärung des Sachverhalts nicht den Medien zu überantworten. Gestritten wurde hierbei aber nicht um legiti-

me Sprecherrollen – Wissenschaftler vs. Journalisten –, sondern vor allem um den richtigen Austragungsort, wissenschaftliche Fachzeitschriften vs. *Science* Blogs. Damit ging es um eine Grenzziehung zwischen formeller und informeller wissenschaftlicher Kommunikation, denn zu den Bloggern gehörten in diesem Falle Fachkollegen, die ihre Kritik online vorbrachten.

Aber kurz zur Erinnerung: Was hatte es mit dem Arsen-Papier auf sich? Ende November 2010 wartete die NASA mit einer sensationellen Entdeckung auf, die sie für eine Pressekonferenz folgendermaßen ankündigte: „This finding of an alternative biochemistry makeup will alter biology textbooks and expand the scope of the search for life beyond Earth.“ Diese Nachricht erzeugte, wie kaum anders zu erwarten, eine außerordentlich hohe Resonanz. Die ganze Welt spekulierte über die Existenz außerirdischen Lebens, bevor die Details der Studie überhaupt bekannt waren, denn der entsprechende Artikel wurde erst live zur Pressekonferenz am 2. Dezember in *Science Express* publiziert. Thema des Artikels war die Entdeckung eines Bakteriums, das Arsenat statt Phosphat in seiner DNA bindet. Sofort nach der Online-Veröffentlichung wurde Kritik an der methodischen Sorgfalt der Ergebnisse laut, und zwar nicht in den klassischen Printmedien oder in den wissenschaftlichen Publikationsorganen, sondern zunächst in Blogs. Von dort wurde eine wissenschaftliche Kontroverse ausgelöst und geführt, die inzwischen in *Science* nachzulesen ist.

25 kritische Beiträge zu diesem Artikel gingen in der Science-Redaktion ein, eine scheinbar ungewohnt hohe Resonanz. Ein Drittel davon wurde Ende Mai 2011 online und eine Woche später in der Science-Printausgabe offiziell publiziert, in Form von technical comments zusammen mit einer inhaltlichen Erwiderung der Autoren und dem entsprechenden, leicht revidierten Originalartikel. Zu diesem Zeitpunkt waren die zentralen wissenschaftlichen Argumente bereits andernorts ausgetragen.

Sowohl in den Blogs, den Massenmedien als auch in den Fachzeitschriften scheint es Konsens, dass in diesem Fall methodische Schwächen des Experiments zu falschen Schlussfolgerungen führten. An die Gutachter richteten die Blogs den Vorwurf, den Artikel trotz der eklatanten Mängel abgesegnet zu haben. Dabei ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob bei diesem Beitrag die passenden Gutachter ausgewählt wurden – ihre Anonymität bleibt gewahrt. Die NASA wurde für ihre sensationheischende Informationspolitik gerügt. Aber die eigentliche Frage lautet, wieso wurde der Artikel von Science in dieser Form publiziert?

## Der Publikationsort allein sagt nichts über die wissenschaftliche Qualität

Zeitschriftenredaktionen halten ihren redaktionellen Entscheidungsprozess gemeinhin intransparent und berufen sich auf ihre Rolle als Vermittler wissenschaftlicher Kommunikationsofferten, über deren Wahrheitsgehalt die Peers urteilen. Die Zeitschrift Science praktiziert genauso wie ihr britisches Pendant Nature ein hochselektives dreistufiges Entscheidungsverfahren, bei dem am Ende nur etwa acht Prozent aller Einreichungen veröffentlicht werden. Diejenigen Artikel, die diesen Filter passieren, gelten als wissenschaftlich zertifiziert. Ein Artikel in diesen Zeitschriften eröffnet Karrierewege. Wissenschaftlerbefragungen zeigen, dass Science und Nature international und fachübergreifend zu den reputationsträchtigen Zeitschriften zählen. Dies deckt sich mit

einer aktuellen Berechnung von Thomson Reuters, dem Anbieter des Web of Science. Hier wurde der Einfluss von Science und Nature auf Fächergruppen analysiert ([http://sciencewatch.com/dr/sci/11/apr3-11\\_1D/](http://sciencewatch.com/dr/sci/11/apr3-11_1D/)). Das Ergebnis: Science und Nature nehmen in allen untersuchten 15 Fächergruppen, von der Mikrobiologie, über Astrophysik hin zu den Sozialwissenschaften (!), die vordersten Plätze bei Zitationsraten ein, was formal als Beleg für die wissenschaftliche Relevanz ihrer Artikel gewertet wird und sich in der Höhe ihres Impact-Faktors niederschlägt.

Den Verweis auf den hochkarätigen Publikationsort Science nutzte der NASA-Pressesprecher Dwayne Brown als Schutzschild gegen alle Kritik. Aber Forschungsergebnisse sind nicht automatisch wahr oder relevanter, nur weil sie in den hochrangigen Journalen veröffentlicht sind. Die Reputationshierarchie wissenschaftlicher Zeitschriften, die durch den Journal Impact-Faktor verstetigt ist, suggeriert jedoch, dass nur Spitzenergebnisse in den Top-Zeitschriften erscheinen. Die primäre Funktion eines Zeitschriftenaufsatzes ist es, den wissenschaftlichen Austausch über neue Ergebnisse anzuregen. Wissenschaftliche Artikel repräsentieren kein bereits stabilisiertes Wissen, wie es in Hand- oder Lehrbüchern zu finden ist – das meinte Ludwik Fleck als er sagte, der Zeitschriftwissenschaft hatte „das Gepräge des Vorläufigen“ an – , sondern mit der Verpflichtung auf Neuheit und Originalität geht einher, dass das Wissen stets nur hypothetisch sein kann. Das institutionalisierte Peer-Review-Verfahren wissenschaftlicher Zeitschriften stellt eine erste Prüfung des Wissens dar. Da Gutachter die Forschungsergebnisse auf der Basis eines schriftlichen Manuskripts beurteilen müssen, geht es hier vor allem um die Frage, ob die präsentierten Daten fachlich relevant sind und ihre Interpretation plausibel ist. Ob Ergebnisse tatsächlich wahr und für die Forschung nützlich sind, stellt sich zumeist erst im konkreten Nachvollzug heraus, so zum Beispiel über Anschlussexperimente.

Als Torwächter der Wissenschaft kommt den akademischen Zeitschriftenredaktionen jedoch eine wichtige Filterfunktion zu: Sie regeln, was Eingang in die wissenschaftliche Kommunikation finden kann und was nicht. Je

höher die zugeschriebene Reputation des wissenschaftlichen Mediums, desto höher auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Forschungsergebnisse wahrgenommen werden, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Wissenschaft. Von der Unmenge an wissenschaftlichen Fachzeitschriften werden nur einige wenige routinemäßig von Wissenschaftsjournalisten ausgewertet. Inhaltsanalysen der Wissenschaftsberichterstattung genauso wie Befragungen von Journalisten zeigen, dass Science und Nature zu den Hauptinformationsquellen für den internationalen Wissenschaftsjournalismus zählen, wenn es um aktuelle Forschungsergebnisse geht.

Sie decken im Unterschied zum Großteil wissenschaftlicher Fachzeitschriften ein multidisziplinäres Spektrum ab und unterhalten eine eigene Nachrichtenredaktion, in der relevante Neuigkeiten aus der Wissenschaft, aber auch für die Wissenschaft journalistisch aufbereitet werden. Neben der hefteigenen Nachrichtensektion bieten die Webauftritte inzwischen auch multimediale Elemente wie Interviews mit Autoren in Form von Podcasts. Redaktionelle Kontextualisierungen erleichtern massenmediale Anschlüsse, denn wissenschaftliche Kommunikation zeichnet sich durch eine spezialisierte Fachsprache aus, die einer Allgemeinverständlichkeit grundsätzlich im Wege steht. Mit ihren wöchentlichen Vorabinformationen über neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die jeweils mit einer Sperrfrist versehen sind, versorgen diese Zeitschriften Journalisten weltweit mit nachrichtenwerten Themen. Sie prägen damit den öffentlichen Diskurs über Wissenschaft.

## Bei Science und Nature überlagern journalistische Relevanzkriterien Auswahlroutinen

Science und Nature prägen aber auch wissenschaftliche Themenkonjunkturen, da sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, wissenschaftliche

Manuskripte nicht nur nach ihrer wissenschaftlichen, sondern auch nach ihrer gesellschaftlichen Relevanz auszuwählen, was sich mit journalistischen Nachrichtenwerten in Deckung bringen lässt. Damit einher gehen nicht nur bestimmte Anforderungen an die Darstellung des Wissens einher. Es sind vielmehr nur einige Themen, die sich überhaupt für ein Massenpublikum eignen. Die Entscheidung, welche Artikel in das Begutachtungsverfahren eingehen und welche am Ende veröffentlicht werden, obliegt dabei den Redakteuren, die häufig auf Basis divergierender Gutachten und gemäß der redaktionellen Selektionskriterien ein abschließendes Urteil fällen.

Wie die Gutachten zu dem Arsen-Artikel tatsächlich ausgefallen sind, lässt sich nicht klären, aber die Einwände lagen scheinbar auf der Hand. Ein News-Artikel von Elizabeth Pennisi, der zeitgleich zum Online-Veröffentlichungstermin im Dezember in Science erschien, rahmte die experimentellen Ergebnisse insgesamt eher als interessante Spekulation denn als valides Ergebnis. Die hierin zitierten Kritiker wiesen hier vor allem auf den Mangel an Tests hin, um die These zu substantivieren. Dass dieser Artikel hohe öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen würde, war leicht vorherzusehen, aber waren die wissenschaftlichen Ungereimtheiten ebenso im Vorfeld bekannt und damit die Kontroverse vorprogrammiert?

Zweifel an der Validität der Daten lagen auch im Falle Hwang vor. Auch hier meldete sich in einem begleitenden News-Artikel zu dem ersten veröffentlichten Science-Papier 2004 ein erfahrener Molekularbiologe zu Wort, der die These einer erstmaligen Klonierung menschlicher Embryonen als empirisch nicht untermauert ansah. Im Nachhinein bestätigte sich der Verdacht, dass es sich bei dem Experiment nicht um klonierte, sondern um Zellen parthenogenetischen Ursprungs handelte. Diesen Verdachtsmomenten hätte man redaktionell nachgehen müssen angesichts der zu erwartenden öffentlichen Resonanz, so lautete jedenfalls das Urteil eines von Science eingerichteten Untersuchungsausschusses. Stattdessen, und das ist hinlänglich bekannt, wurde der Artikel als technischer Durchbruch des therapeutischen Klonens passend

zum Jahrestreffen der AAAS, Herausgeber von Science, publiziert und eine Pressekonferenz mit den beteiligten Forschern vor Ort veranstaltet. Das Thema machte Schlagzeilen und prägte politische Regulierungsdebatten. Dementsprechend groß war die allgemeine Empörung, als herauskam, dass die präsentierten Daten nicht solide waren, obwohl sie in einem der hochrangigsten Journale veröffentlicht wurden. Im Nachgang äußerten einige Forscher die Hoffnung, dass der Fall Hwang als Gegengift einer zu beobachtenden ›Tabloidization‹ der Stammzellforschung dienen könne (Snyder/Loring 2006).



Breaking News: Wissenschaftliche Zeitschriften im Kampf um Aufmerksamkeit

Der Hype um wissenschaftliche Ergebnisse, lanciert über die Pressearbeit der Zeitschrift oder der beteiligten Forschungseinrichtung, verhilft Autoren zwar zu sofortiger Prominenz; Wolfe-Simon wurde nach ihrer Science-Publikation vom Time Magazin in die Top 100-Liste der einflussreichsten Personen aufgenommen, der plötzliche Star ruhm brachte Hwang Forschungsgelder, Ämter, Titel und sogar eine Sonderbriefmarke ein. Die beanstandete Inkongruenz zwischen der wissenschaftlichen Qualität und der öffentlichen Aufmerksamkeitsgenerierung der Ergebnisse erzeugt jedoch ein Glaubwürdigkeitsproblem, das nicht nur die Autoren, die Zeitschriften oder das Forschungsfeld,

sondern die Wissenschaft als solche in Misskredit bringt.

Es zeigen sich hier die Konsequenzen einer „Medialisierung der Wissenschaft“ (Weingart 2001), d.h. eine gesteigerte mediale Beobachtung von Wissenschaft gepaart mit einer zunehmenden Orientierung der Wissenschaft an journalistischen Aufmerksamkeitsregeln. Mit Blick auf die wissenschaftliche Publikation als Kernelement der Wissenschaft lassen sich mögliche Anpassungsleistungen empirisch erfassen. Wissenschaft ist im Zuge des Publizierens auf Organisationen angewiesen, die für die Vermittlung wissenschaftlichen Wissens sorgen. Wissenschaftliche Zeitschriften operieren ähnlich wie massenmediale Angebote im Bereich der technischen Verbreitungsmedien, worauf bereits Giancarlo Corsi 2005 aufmerksam machte.

Die wissenschaftseigene Form der Kommunikation ist damit organisationalen Bedingungen ausgesetzt, die nicht ausschließlich an die Leitdifferenz Wahrheit gekoppelt sind. Die Frage im Hinblick auf die Medialisierungsthese ist die, ob im Zuge der Darstellung von Wissen innerhalb von Publikationen wissenschaftliche von massenmedialen Relevanzkriterien überlagert werden. Aus den Ergebnissen meiner Dissertation zur Rolle der Zeitschriften am Beispiel der Stammzellforschung (siehe Franzen 2011 im Detail) lassen sich folgende Thesen zur Medialisierung ableiten:

Die Funktion wissenschaftlicher Zeitschriften ist primär in der wissenschaftlichen Qualitätsprüfung verankert. Dies erfordert jedoch Zeit. Im Zuge des wissenschaftlichen Wettbewerbsdrucks geht dieser zeitliche Puffer mitunter verloren: Der Veröffentlichungsprozess wird punktuell beschleunigt, Ergebnisse werden vorab online publiziert, die Sperrfrist für die mediale Berichterstattung wird aufgehoben und Wissen wird bereits vor seiner eigentlichen Zertifizierung durch das Peer-Review-Verfahren in den Massenmedien angekündigt. Punktuell kommt es im Zuge des Medialisierungsprozesses zu einer Anpassung an massenmediale Zeitstrukturen zulasten der Qualitätsprüfung. Wissenschaftliche Ergebnisse werden schnellstmöglich produziert, um schnellstmöglich publiziert und schnellstmöglich verbreitet zu werden.

## Der institutionalisierte Hype um Forschungsergebnisse beschädigt die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft

In der Sachdimension lässt sich eine Bevorzugung für spektakuläre Ergebnisse erkennen. Nicht die Normalwissenschaft, die an kleinteiligen Fragestellungen arbeitet, sondern die großen Themen, die einen lang erwarteten oder überraschenden Durchbruch verkünden, werden innerhalb der multidisziplinären High-Impact-Journale bevorzugt aufgegriffen und erzielen dementsprechend Aufsehen. Dies bedeutet drittens in der Sozialdimension eine Erweiterung des Publikums von der wissenschaftlichen Fachwelt zur Politik und anderen Öffentlichkeiten, an die die Kommunikation jeweils angepasst wird.

Welche Implikationen hat nun eine duale Orientierung an wissenschaftlichen Relevanz- und massenmedialen Erfolgskriterien auf der Ebene des redaktionellen Entscheidungshandelns für die wissenschaftliche Entwicklung? Die Beschleunigung des Veröffentlichungsprozesses kann funktional für die wissenschaftliche Entwicklung sein, da Forschungsergebnisse ungebremst Eingang in die Kommunikation finden können. Das Erreichen eines wissenschaftsexternen Publikums wie der Wirtschaft oder der Politik kann nützlich sein, wenn es die Zuwendung von Forschungsgeldern zur Folge hat und damit weitere Forschung antreibt. Das eigentliche Problem für die Wissenschaft zeichnet sich jedoch in der Antizipation der redaktionellen Selektionskriterien seitens der Autoren ab. Unter Wissenschaftlern scheint es Konsens, dass die publizierbaren Ergebnisse in den reputationsträchtigen Journalen wie *Science* und *Nature* möglichst spektakulär sein müssen. Um die Annahme eines Manuskripts zu befördern, werden mitunter weitreichende Behauptungen aufgestellt, die nicht ausreichend durch die Daten gestützt werden, wie Gutachter inzwischen beklagen. Die Verkündung sensationeller Forschungsdurchbrüche läuft jedoch

ins Leere, wenn die Ergebnisse der nachträglichen wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten. Aus der Verquickung wissenschaftlicher und medialer Erwartungsmuster kann ein Konflikt innerhalb der Wissenschaft entstehen, der, so die These, durch die spezielle Entscheidungslogik der Zeitschriften noch verstärkt wird.

Mit Luhmann (1990, 1997) lässt sich diese Entwicklung als Inflationierung des Wahrheitsmediums begreifen und als ein Effekt der Medialisierung der Wissenschaft interpretieren. Luhmann zufolge wird »Wahrheit [...] inflationiert, wenn sie mehr Verwendungsmöglichkeiten in Aussicht stellt, als sich realisieren lassen« (ders. 1997: 384). Wie Luhmann theoretisch herleitet, reagiert das Wahrheitsmedium im Falle von Inflation durch Entwertung seiner Symbole, das heißt, die Annahmewahrscheinlichkeit ist nicht mehr gegeben (ebd.: 383f.). Das Wahrheitsmedium tendiert im Zuge einer Inflation zur Übertreibung, womit die Genauigkeit der Begriffe und die empirische Verifikation vernachlässigt werden. „Inflationäre Erscheinungen dieser Art sind, wie Fieber, ein deutliches Symptom dafür, daß das System sich gegen Außeneinflüsse wehrt, indem es ihnen Rechnung trägt (Luhmann 1990: 623). Die Stammzellforschung, die insgesamt als hochmedialisiertes Forschungsfeld gilt, lieferte hierzu einige eindrucksvolle Beispiele. Die zahlreichen unhaltbaren Aussagen und die Häufung redaktioneller Korrekturen angesichts der medial erzeugten Erwartungen hinsichtlich technischer Erfolge, ethischer Lösungen und der medizinischen Anwendbarkeit von Stammzellen bezeugen die Inflationierung der Wahrheitsversprechen.

In sozialer Hinsicht führt diese Symptomatik zu einem wissenschaftsinternen Vertrauensverlust. Verschiedene Zeitschriftenredaktionen haben im Lichte rezenter Fälschungsskandale und einer zunehmenden allgemeinen Skepsis gegenüber bahnbrechenden Ergebnissen redaktionelle Kontrollmechanismen eingeführt, um zu prüfen, ob die dargestellten Ergebnisse einen methodisch kontrollierten Herstellungsprozess durchlaufen haben. Maßnahmen dieser Art, wie die stichprobenartige Suche nach Bildduplikationen oder ein in Auftrag gegebener experimenteller Nachvollzug bei „Hochrisikopapieren“,

so eine Formulierung des bereits genannten Science-Untersuchungsausschusses für spezielle Manuskripte, die eine hohe mediale Wirksamkeit erwarten lassen, helfen die Glaubwürdigkeit wissenschaftlichen Wissens wiederherzustellen, bedeuten aber einen administrativen Mehraufwand, der nicht immer einzulösen ist.

Solange an eine Publikation in den High-Impact-Zeitschriften berufliche Aufstiegschancen geknüpft sind, wird sich der Wettbewerb um die wenigen Publikationsplätze eher noch verschärfen, so lässt sich prognostizieren. Die Inkorporation massenmedialer Erfolgskriterien in individuelle Publikationsstrategien sichert hierbei zuvörderst die nötige Aufmerksamkeit der Redakteure. Für Zeitschriften bietet die massenmediale Beachtung ihrer publizierten Ergebnisse ebenso Vorteile angesichts des Wettbewerbsdrucks um die besten Papiere. So wirbt die Nature Publishing Group beispielsweise mit der größtmöglichen Leserschaft und einer maximalen Verbreitung der Ergebnisse, was als Mehrwert für potenzielle Autoren herausgestrichen wird. Mediale Resonanz stärkt nebenbei den Bekanntheits- und Reputationswert von Zeitschriften, denn es ist empirisch belegt, dass die massenmediale Resonanz Zitationsraten von Artikeln befördert und somit der Impact-Faktor-Entwicklung dienlich sein kann. Es ist jedoch eine Gratwanderung, wenn wissenschaftliche Zeitschriften auf massenmediale Wirksamkeit setzen. Keine wissenschaftliche Zeitschrift kann es sich leisten, Ergebnisse unter dem Siegel eines rigorosen Peer Review zu veröffentlichen, die überzeichnet sind oder sich als Fälschung herausstellen, insbesondere dann nicht, wenn diese für Marketingzwecke genutzt werden. Mit der Medienorientierung der Wissenschaft nimmt auch die öffentliche, moralisch codierte Beobachtung der Wissenschaft zu.

Neben der Implementierung zahlreicher Ethikkodizes im wissenschaftlichen Publikationswesen haben sich in jüngster Zeit im Internet kritische Beobachtungsinstanzen etabliert, die sich dem wissenschaftlichen Publikationswesen und seinen Autoren widmen und zugleich auf Missstände aufmerksam machen. Der Blog *Retraction Watch* hat es sich zur Aufgabe gemacht, Feh-

ler in der wissenschaftlichen Literatur öffentlich zu dokumentieren und den redaktionellen Umgang zu diskutieren. Scientific Red Card verfolgt ein ähnliches Anliegen. Die Wikis Guttenplag und Vroniplag gehen noch darüber hinaus, indem sie Plagiate nicht nur dokumentieren, sondern sie auch nachweisen. Eines ist offensichtlich: Die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler entdeckt und publik gemacht werden, steigt mit der Exponiertheit der wissenschaftlichen Produkte. Dies ist ein zweites Erklärungsmuster dafür, weshalb die Zeitschriften mit hoher Reichweite die meisten Widerrufe ihrer Artikel verzeichnen.

Ein Kandidat für die nächste Korrektur ist der Science-Artikel zu dem Bakterienstamm GFAJ-1. Die Mikrobiologin Rosie Redfield, die die Kontroverse um die Ergebnisse einst ins Rollen brachte, unternimmt derzeit einen Replikationsversuch, und zwar öffentlich, zu verfolgen in ihrem Blog (<http://rr-research.fieldofscience.com/2011/08/first-evidence-refuting-wolfe-simon-et.html>). Reine Wiederholungsexpe-

rimente sind aufgrund fehlender Originalität eigentlich nicht publizierbar, was Wissenschaftler normalerweise auch davon abhält, denn es lassen sich damit keine Reputationsgewinne erzielen. Die Frage ist, inwiefern sich durch die neuen technischen Möglichkeiten der Online-Kommunikation diese Regeln ändern und sich die Grenzen zwischen formeller und informeller Kommunikation in der Wissenschaft zukünftig verschieben. Blogs und andere elektronische Medien fordern somit nicht nur die Massenmedien heraus, sondern auch die Wissenschaft. ]



Martina Franzen

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld.

## Referenzen

Corsi, Giancarlo (2005): Medienkonflikt in der Wissenschaft? Soziale Systeme, 11, 176–188.

Franzen, Martina (2011): Breaking News. Wissenschaftliche Zeitschriften im Kampf um Aufmerksamkeit. Baden-Baden: Nomos.

Luhmann, Niklas (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Snyder; Evan und Jeanne F. Loring (2006): Beyond Fraud – Stem Cell Research Continues. NEJM, 354, 321–324.

Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis von Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

## Von der Laborbank an den Schreibtisch

Hintergründe einer Erfolgsgeschichte: Aus dem Mentoringprogramm Wissenschaftsjournalismus der Robert Bosch- und der Bertelsmann Stiftung sind binnen sechs Jahren viele Volontäre, Redakteure und feste Freie bei Leitmedien hervorgegangen. Ein Teil der Stipendiaten hatte zuvor keinerlei journalistische Erfahrung.

Von Christina Hucklenbroich

Der Kölner MediaPark liegt an diesem grauen Sonntagnachmittag verlassen. Beständig fällt der Septemberregen. Nur im zweiten Stock der Kölner Journalistenschule für Wirtschaft geht es geschäftig zu. Ununterbrochen summt der Türöffner, in einem schmalen Flur werden Hände geschüttelt, Handy-Fotos gezeigt, Umzugsanekdoten erzählt. Holger Hettwer und Franco Zotta von der „Initiative Wissenschaftsjournalismus“ heißen an diesem Tag im September 2010 einen neuen Stipendiatenjahrgang ihres Mentoringprogramms willkommen. Vier Physiker, drei Biologen, eine Psychologin, eine Forstwirtschaftlerin, ein Geologe, eine Chemikerin und eine Biochemikerin haben das Bewerbungsverfahren für das

„Mentoringprogramm Wissenschaftsjournalismus“ im Frühjahr mit Erfolg hinter sich gebracht. Vor ihnen liegt ein zweiwöchiger Crashkurs in Köln, ein halbes Jahr in den Wissenschaftsredaktionen der deutschen Leitmedien und ein weiteres Vierteljahr als freie Journalisten – finanziert von der Robert Bosch Stiftung, dem Stifterband für die Deutsche Wissenschaft und BASF mit einem Stipendium von 800 Euro pro Monat, organisiert von den Projektleitern Hettwer und Zotta.

Für den ersten Tag des Crashkurses haben die beiden Projektleiter ein Treffen mit ehemaligen Teilnehmern arrangiert. Irgendwann sammeln sich alle in einem nüchternen, hell erleuchteten Raum am Ende des Flures. Hol-

ger Hettwer und Franco Zotta ziehen sich zurück: Jetzt darf ausgefragt, Rat erbeten und auch gezweifelt werden: daran, einen Quereinstieg in den Journalismus meistern zu können – denn das ist letztendlich das Ziel der zwölf „Mentees“, wie die Teilnehmer offiziell genannt werden.

Ob man zunächst lange Zeit Klippen putzen müsse, wenn man sich als freier Journalist selbständig mache, lautet eine der ersten Fragen an die ehemaligen Teilnehmer. Wie man es schaffe, einen Volontariatsplatz bei der „FAZ“ oder der „Süddeutschen“ zu bekommen – ob die Konkurrenz denn nicht groß sei. Jemand will wissen, ob man die Chancen auf eine feste Redakteursstelle vergrößern

könne, wenn man noch eine Promotion abschlieÙe.

Noch geht es um Laufbahnen und um ihre Planbarkeit. Noch redet man ein wenig aneinander vorbei. Ganz vorsichtig versuchen die Ehemaligen, ein wenig wegzusteuern von der klar vorgezeichneten Laufbahn eines Wissenschaftlerlebens. Sie lassen einfließen, dass man eben auch mal Glück haben, hartnäckig bleiben, bisweilen auch ein Risiko eingehen müsse, wenn man im Journalismus bleiben wolle. Für die acht eingeladenen Ehemaligen hat sich dieses Risiko ausgezahlt: Eine Redakteurin bei „Quarks & Co.“ ist unter den Alumni, zwei Volontärinnen, die eine von der „Süddeutschen Zeitung“, die andere von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die leitende Pressesprecherin eines Forschungszentrums, eine Projektleiterin bei der Deutschen Presse-Agentur, eine Redakteurin bei „Spiegel online“. Sie waren zwischen 2004 und 2008 „Mentees“ im Programm.

49 junge Naturwissenschaftler haben seit 2004 im Rahmen des alle zwei Jahre neu aufgelegten Programms in den Wissenschaftsjournalismus hineingeschnuppert. Die Mehrzahl von ihnen ist „hängengeblieben“: Von den 37 Teilnehmern, die das Programm bis 2009 abschlossen und deren Berufswege deshalb schon jetzt beurteilbar sind, entschieden sich nur fünf für andere Berufe außerhalb von Journalismus und Pressearbeit. Sieben ehemalige Mentees sind hauptberuflich Redakteure, unter anderem beim ZDF, bei der FAZ und bei „Spiegel Online“. Vierzehn sind freie Journalisten, neun davon hauptberuflich. Acht arbeiten inzwischen als Pressereferenten für Hochschulen, Forschungszentren und Unternehmen, einige schreiben daneben auch journalistisch. Die übrigen drei Mentees sind Volontäre oder Trainees in Redaktionen. „Uns hat es besonders beeindruckt, dass drei Viertel des 2008er Jahrgangs es geschafft haben, eine feste Stelle zu bekommen“, sagt Holger Hettwer. „Das ist gerade angesichts der Medienkrise, in die dieser Jahrgang ja hineingeriet, ein großer Erfolg.“

Holger Hettwer und Franco Zotta haben schon 2002 mit der Konzeption

des Programms begonnen, damals zunächst als Mitarbeiter der Bertelsmann Stiftung, die dann 2004/05 erstmals zwölf junge Naturwissenschaftler und 2006/07 noch einmal zwölf förderte, bevor das Programm 2008 und 2010 von der Robert Bosch Stiftung fortgeführt wurde, wieder mit Hettwer und Zotta als Projektleitern. Ob und wie das Programm weitergeführt wird, steht derzeit noch aus.

Am Anfang stand eine kritische Analyse der Rekrutierung von Autoren im Wissenschaftsjournalismus: „Wissenschaftsredaktionen sind auf externe wissenschaftliche Expertise angewiesen, aber junge Wissenschaftler, die diese Expertise besitzen, kamen nur sehr selten in die Redaktionen hinein – weil ihnen die journalistische Erfahrung fehlte“, sagt Hettwer. „Wir wollten mit dem Programm auch zeigen, wie man sich von den Zufälligkeiten lösen kann, die die beruflichen Biographien in dem Bereich bisher prägen. Es schien ja ein Nachwuchsproblem zu geben: Immer wieder hörten wir aus den Wissenschaftsredaktionen, dass sie offen für gute Autoren sind.“

Das Konzept habe viele Redaktionen trotzdem zunächst befremdet, sagt Franco Zotta. „Oft hörten wir die Frage, warum die Mentees nicht erst einmal zu einer kleinen Lokalzeitung gehen.“ Doch die beiden Projektleiter setzten weiter darauf, die jungen Naturwissenschaftler in Leitmedien unterzubringen. Sie trommelten eine Jury aus fünf Ressortleitern zusammen, Print, Hörfunk und Fernsehen waren vertreten. Außerdem durften die Ausbildungsredaktionen, die Mentees aufnehmen würden, eine Wunschliste der Fächer aufstellen, über deren Absolventen sie sich besonders freuen würden. Auf der Liste standen Physik und Astrophysik, Ingenieurwissenschaften, Mathematik, Informatik, Medizin und Chemie. Auch seltene Fremdsprachen, etwa Japanisch, seien ein Kriterium, hieß es aus den Redaktionen.

Auf die erste Ausschreibung des Programms im Jahr 2004 kamen 120 Bewerbungen, bei der zweiten Auflage 2006 waren es noch etwas mehr als 100. Etwa siebzig Prozent der

Bewerbungen kamen von Biologen und Geowissenschaftlern, wobei die Biologen überwogen. Dann folgten Chemiker, Physiker, Mediziner und Psychologen. „Wir waren händeringend froh, wenn wir überhaupt mal einen Mathematiker und einen Informatiker unter den Bewerbern hatten“, sagt Hettwer. 22 Bewerber wurden jeweils zum Auswahlgespräch nach Berlin eingeladen, zwölf schließlich in das Programm aufgenommen. Manche von ihnen hatten schon journalistische Vorerfahrung – viele allerdings auch überhaupt keine.

„Meinen ersten journalistischen Text habe ich für die Bewerbung um den Platz im Mentoringprogramm geschrieben“, sagt etwa Cinthia Briseño, die 2006 Stipendiatin im Mentoringprogramm war. Anschließend wurde sie als Elternzeitvertretung bei der Stuttgarter Zeitung eingestellt. 2009 kam sie als Redakteurin in die Wissenschaftsredaktion von „Spiegel Online“, seit Oktober 2010 ist sie dort stellvertretende Ressortleiterin. „Manchmal bin ich selbst überrascht, wie schnell das alles gegangen ist“, sagt Briseño, die Biochemie studiert und anschließend über das Epstein-Barr-Virus promoviert hat. Ohne das Mentoringprogramm, glaubt sie, sei der Einstieg in den Journalismus nicht möglich gewesen. „Es ist in den großen Redaktionen einfach so, dass Leute, die sich um ein Praktikum bewerben, schon etwas veröffentlicht haben müssen.“

Auch Marlene Weiß ist sich sicher: „Ich hätte ohne das Programm wahrscheinlich nicht einmal einen Praktikumsplatz bekommen.“ Sie wurde 2008 ins Mentoringprogramm aufgenommen. Zuvor hatte sie Physik studiert und am Cern in topologischer Stringtheorie promoviert. Heute volontiert sie bei der „Süddeutschen Zeitung“. Während der Hospitanzen, die ihr das Programm vermittelt hat – bei der FAZ und der „Zeit“ – schrieb sie ihre ersten journalistischen Texte überhaupt. Inzwischen sieht sie das journalistische Schreiben als Lebensperspektive.

Holger Hettwer und Franco Zotta haben solche Entwicklungen – vom

Wissenschaftler im Labor hin zum leidenschaftlichen und professionellen Journalisten – mehrfach verfolgen können und sich Gedanken darüber gemacht, wie dieser Erfolg zustande gekommen sein könnte. „In der Gruppe der Naturwissenschaftler, die irgendwann einmal mit dem Beruf Journalist geliebäugelt haben, haben wir die Hochmotivierten gefunden“, sagt Zotta. „Die Mentees waren besonders zielstrebig. Zunächst hatten sie einen Wettbewerbsnachteil etwa gegenüber anderen Studienabsolventen, die sich schon früher auf den Journalismus konzentriert hatten. Dadurch fühlten sie sich verpflichtet, besonders viel zu leisten.“ Das sei bei den Redaktionen angekommen: „Für die Redaktionen ist es entscheidend zu sehen, dass jemand nicht nur gucken will, sondern ernsthaft in den Beruf.“

Das bestätigt auch Joachim Müller-Jung, der als einer von rund 50 Mentoren in den Redaktionen für die Betreuung der Mentees gewonnen werden konnte. „Wir haben oft Bewerber um eine Hospitanz, die relativ wenig Schreiberfahrung vorweisen können“, sagt der Leiter des Ressorts „Natur und Wissenschaft“ der FAZ. Nicht immer könnten sich die Hospitanten dann auch mit Texten einbringen, manchmal sei das Hineinschnuppern in den Journalismus auch nur ein „Versuchsballon“. „Bei den Hospitanten aus dem Mentoringprogramm konnte man sich aber darauf verlassen, dass sie es ernst meinten mit dem Wissenschaftsjournalismus. Ob es nun Physiker, Biologen oder Mediziner waren, sie haben uns immer viel Arbeit abgenommen.“ Die Mentees hätten keine oder nur eine kurze Orientierungsphase gebraucht. „Schon bei der Auswahl scheint man sehr systematisch vorgegangen zu sein“, schließt Müller-Jung daraus.

Darüber hinaus scheint das Programm auch als „Türöffner“ zu funktionieren und Neankömmlinge in bestehende Netzwerke zu integrieren. Selbst Mentees, die schon zuvor viel journalistische Erfahrung gesammelt hatten, betrachten das Programm deshalb als entscheidend für ihren Einstieg. Etwa Lars Fischer: Der Chemiker hatte nach seinem Diplom,

das er 2006 erhielt, als freier Autor gearbeitet – unter anderem für die „Süddeutsche“ und das „Hamburger Abendblatt“ – und mehrere hundert Artikel und Blogbeiträge geschrieben. 2008 ist er in das Mentoringprogramm aufgenommen worden. „Der Name des Programms ist ein wichtiger Türöffner“, sagt der 33-Jährige, der inzwischen als fester Freier bei „Spektrum der Wissenschaft“ arbeitet und daneben für überregionale Zeitungen schreibt. „Ich bekam dadurch mehr Kontakte und mehr Einblick in die Branche. Es ist ohne ein solches Programm, dessen Name als Nachweis fungiert, sehr viel schwerer, in die Branche hineinzukommen.“ Auch Wobbeke Klare, die zum ersten Jahrgang 2004 gehörte, hatte schon während ihres Medizinstudiums beim Lokalradio hospitiert und in einem Ärzte-Onlineforum Artikel geschrieben. „Das Programm war eine Abkürzung, trotz meiner Erfahrungen“, sagt die 34-Jährige, die heute Redakteurin bei „Quarks & Co.“ ist.

Inzwischen ist auch die anfängliche Skepsis bei den Redaktionen einem breiten Interesse gewichen. „Jetzt bewerben sich sogar Redaktionen bei uns, weil sie registrieren, dass sie über das Programm gute Mitarbeiter bekommen können“, sagt Zotta. Nicht zuletzt haben wohl alle Beteiligten, auch viele Kollegen in den Redaktionen, durch die „Außenseiter“ einen neuen Blick auf die Expertise von jungen Naturwissenschaftlern gewonnen. So erlebte etwa Robert Gast, Mentee im aktuellen Jahrgang 2010/11, wie seine Kenntnisse von einem Tag auf den anderen massiv gefragt waren. Der Physiker hospitierte von Januar bis März 2011 bei der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ und geriet mitten in die Fukushima-Krise. Fast täglich bestellte die Politikredaktion der FAZ-Tageszeitung einen neuen Hintergrundartikel bei dem 27-Jährigen, er sollte einordnen, erklären, vorhersagen. „Ich konnte in dieser Zeit meine Fähigkeiten optimal einsetzen: die sechs Jahre Physikstudium und das halbe Jahr journalistische Arbeit“, sagt Gast. „Als Physiker kommt man einfach schneller in die Grundlagen hinein, weiß zum Beispiel über Maßeinheiten Bescheid und weiß besser

plausible von unplausiblen Thesen zu trennen. Das verschafft einem Autor die entscheidenden Stunden Vorsprung in einer solchen Krise.“ Für ihn hat Fukushima deutlich gezeigt, dass es Naturwissenschaftler im Journalismus geben sollte. Für sie sei allerdings eine finanzierte Einstiegshilfe wie das Programm dringend notwendig: „Das gilt vor allem für Naturwissenschaftler, deren Alternative ein gut bezahlter Job in der Industrie ist und die im Studium noch keine journalistische Erfahrung sammeln konnten“, sagt Gast.

Wie wichtig diese Hilfe gewesen ist, betont auch Fanny Jimenez, die ebenfalls im Jahrgang 2010 Mentee war. Die Psychologin hospitierte während Studium und Promotion regelmäßig beim Fernsehen. „Weil ich schon so einen langen Bildungsweg hinter mir hatte, konnte ich mir nach der Dissertation aber nicht vorstellen, mich um immer wieder neue Hospitanzen zu bewerben oder noch ein Volontariat zu absolvieren“, sagt sie. Das Mentoringprogramm sei in dieser Situation ideal gewesen; seit sie es Mitte 2011 abgeschlossen hat, arbeitet sie als freie Autorin für den „Stern“ und die „Welt“.

„Die üblichen Regeln, nach denen der Einstieg in den Journalismus funktioniert – also Handwerk lernen, Sporen verdienen, immer neue Hospitanzen – sind für die meisten Naturwissenschaftler schlicht nicht attraktiv“, sagt auch Franco Zotta. Eigentlich, ist das Fazit der beiden Projektleiter, müsste deshalb das System des Wissenschaftsjournalismus selbst die durchdachte und aufwändige Auswahl leisten, mit der das Mentoringprogramm zu einer Erfolgsgeschichte geworden ist. ]

Christina Hucklenbroich



hat Veterinärmedizin studiert. Sie ist Redakteurin im Ressort „Natur und Wissenschaft“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Evidenzbasierter Journalismus: Ein Plädoyer

Das WPK-Quarterly dokumentiert eine Rede von Christoph Koch, Ressortchef Wissenschaft des Stern, gehalten auf dem Abschlussfest der Initiative Wissenschaftsjournalismus am 5.10.2011.

Kürzlich brachte die „Weltwoche“ einen Elternratgeber zum Umgang mit Pädagogen. Er sollte dem gemeinen Bürger Lebenshilfe geben, im Umgang mit dem linkswirren Lehrpersonal.

Der Bürger nämlich sei gezwungen, rhetorische Schanzarbeiten zu durchbrechen, durch die die Partizipation der Kunden (Schüler und Eltern) seitens der Leistungserbringer, also der allweisen Akademiker, blockiert werde.

Eine typische Experten/Laien-Diskurs-Kritik also – sie ist uns Journalisten gut vertraut, denn wir sehen uns ja als Brückenbauer, als Pontifices zwischen der Sphäre des hohen Wissens und dem Volke, das der Mittlerschaft hin zur Erkenntnis bedarf. Des permanenten Erklärens von Wissen, das seiner Natur nach nur von umgrenzten Teilgruppen, nämlich scientific communities, gewonnen werden kann.

Klimax in der Argumentationskette der „Weltwoche“ ist folgende Warnung: „«Es ist erwiesen, dass...» – Kommt dieser Satz, dann muss man auf Alarmstufe Rot schalten. Wenn eine Lehrperson beginnt, sich auf wissenschaftliche Fakten zu berufen, oder sogar von evidence-based spricht, dann ist der Kampf eröffnet. Die wissenschaftlichen Fakten suggerieren Objektivität und sollen den Eltern verunmöglichen, Gegenargumente einzubringen.“

Was ist, wenn die Recht haben? Wenn also Wissen, und ich habe mir statistisch gewonnenes Wissen in der Medizin zum Schwerpunkt der Betrachtung gewählt, nicht zur Brücke, sondern zur Mauer wird? Das kann zum Beispiel geschehen, wenn wir unsere Rolle so verstehen, dass wir Ignoranten das Licht der Wahrheit bringen müssen, den Unwilligen zumal mit rhetorischer Gewalt. Sie glauben

an Homöopathie und Hokuspokus? Na, dann lasst sie uns exorzieren, mit Spearman's rho und chi-Quadrat, mit RCT und Doppelblind.

Die Erfahrungen mit dieser Form der Wissens-Verkündigung sind wenig ermutigend, da hat die Weltwoche wohl Recht. Verfällt eine großartige epistemologische Methode zurzeit in Selbstentfremdung und sind wir auch im Journalismus in der Gefahr, sie zu elitarisieren, abzuheben, uns anzueignen und in Predigtliteratur umzuwandeln – obwohl sie doch ein Dienst sein will, ein Dienst an den Publika, an den Patienten?

Die ursprüngliche Konzeption evidenzbasierter Medizin besteht darin, auf der Grundlage der besten verfügbaren Evidenz im Einklang mit den Werten des Patienten zu einer gemeinsamen therapeutischen Entscheidung zu finden. Immer wieder neu. Das heißt: Wir, als die Diener dieser Leserinnen und Leser, können ihnen Wissen an die Hand geben. Entscheiden müssen sie individuell.

Eine Bedrohung des evidenzbasierten Gedankens in der journalistischen Praxis besteht in der Lust am letzten Wort, in unserer Suche nach Debattestoppern und letzten Wahrheiten. Und in der Lust an der Pose des Verkündigers. Das ist gerade jetzt aktuell, denn was die Weltwoche mit Verunmöglichung des Gegenarguments meint, das ist zum Beispiel natürlich genau das, was unter Sparzwang stehende Gesundheitspolitiker so verzweifelt suchen. Das Letzte Wort. Das Alternativlose. Die Wahrheit, die alles schlägt. Und damit wird der Begriff der Evidenz, ursprünglich als in Bezug auf den Patienten emanzipatorisch ausgeformt, verzweckt und zerlegt.

Übrigens von allerlei Interessenträgern ebenso. Als wir in Hamburg eine

Stiftungsprofessur für „Traditionelle Chinesische Medizin (TCM)“ bekommen, sagte Klinikumschef Jörg Debatin das folgende:

„Als Verfechter einer evidenzbasierter Medizin freue ich mich sehr, dass die Hanse Merkur dem Universitätsklinikum Eppendorf die Möglichkeit gibt, die Wirkungsmechanismen von TCM-Verfahren zu erforschen.“

Wenn das geschätzte Auditorium sich jetzt denkt, „ähem, verkaufen die nicht in erster Linie Privatpatienten Akupunktur, Moxibustion und Kräuter“, liegt es wohl nicht falsch. Aber legitimiert wird das eben mit dem Rubrum „Evidenz“, und das das gut klingt und man dennoch erzählen kann, was man will, hat auch so mancher Journalist bereits erkannt. Man kann es zum Beispiel an Förderungsanträgen erkennen.

Der evidenzbasierte Ansatz aber, in Medizin oder anderen pragmatizierbaren Wissenschaften Entscheidungswerkzeuge für Menschen bei der Abwägung von Risiken und Nutzen bereitzustellen, ist keine Philosophie der letzten Wahrheiten, keine abgeschlossene Gesellschaftstheorie. Und sie taugt nicht als Pseudoreligion wie manche Spielarten des Rationalismus des 17. Jahrhunderts. Die evidenzbasierte Methode kann – grob gesprochen – grandios zwischen „funktioniert“ oder „funktioniert nicht“ unterscheiden. That's essentially it, wie Archie Cochrane vielleicht gesagt hätte.

Das ist verdammt viel, wie wir sehen werden. Aber bei weitem nicht alles, sonst könnten wir uns selbst abschaffen und durch einen GWUP-Blog ersetzen. So weit wird es nicht kommen. Man vergegenwärtige sich etwa die Absurdität einer Haltung, die glaubt, allein mithilfe biometrischer

Verfahren eine komplexe soziale Wirklichkeit wie die angewandte Medizin, quasi neu erbauen zu können. Übertragen gefragt: Welchen Impact hätte es wohl gehabt, wenn wir anlässlich des Papstbesuches zum Heiligen Vater hingetreten wären, um ihm endlich einmal mitzuteilen, dass eine lupenrein validierte Methode erwiesen habe, dass eine Wandlung von Hostie und Wein in Leib und Blut des Erlösers nicht stattfindet. Der Pontifex würde sich ganz gewiss sogleich geschlagen geben und zum calvinistischen Bekenntnis übertreten.

Kategoriale Verwirrung beginnt, wenn wir dieses methodologische Pragma der Evidenzanwendung für ein fundamentales Ethos der Volkserleuchtung halten und eine Effizienzbewertung mit einer normativen Setzung verwechseln. Und das teuflische Rezept zur journalistischen Korruption der methodischen Integrität geht in etwa so:

Erstens: Man nehme eine evidenzbasiert gewonnene Aussage und lege sie knapp dar.

Zweitens: Mir-nichts-dir-nichts wechsele man nun von der Humanpharmakologie in die Domäne des fünften Sozialgesetzbuches, über dessen Auslegungspraxis man Bescheid weiß, weil man schon mit drei Experten je zwanzig Minuten telefoniert hat.

Drittens: Nach einem zwanzigzeiligen Exkurs in die politische Ökonomie des Gesundheitsversorgungssystems und einer...

...viertens, möglichst schmissigen Darlegung eigentlich ermüdender Stereotypen betreffs der moralischen Dignität der pharmazeutischen Industrie ist nun „bewiesen“, dass die öffentlichen Kassen dies oder das nicht oder doch oder nur begrenzt bezahlen sollten.

Wo bleibt das Positive? Ich bin in Wahrheit bekanntlich überzeugt, dass man in allernächster Zukunft nicht mehr seriös Wissenschaftsjournalist heißen kann, dass man wissenschaftsaffinen Medizinjournalismus nicht mehr betreiben kann, ohne den Stand der Forschung vermittels selbstständiger Nutzung evidenzbasierter Methoden für den Leser abzubilden. Selbstständig heißt nicht: Ich

rufe den evidenzbasierten Experten an und lasse ihn diktieren, was richtig sei. Das hieße, alte Eminenzen durch neue Eminenzen zu substituieren. Es heißt dazu noch: Die Grenzen kennen. Die Evidenz ist notwendig, aber sie ist nicht hinreichend, um die Notwendigkeit des Diskurses, des deliberativen gesellschaftlichen Aushandelns dessen, was wir im Land als medizinische und wissenschaftliche Praxis als Bürger wünschen, aufzuheben.



Christoph Koch ist seit 2002 Ressortleiter Stern Wissenschaft, Medizin und Technik.

Ein radikaler Evidenzialismus hingegen, der sich als Substitut der Diskurse geriert, führt – wegen der genannten kategorialen Fehler, funktioniert / funktioniert nicht mit Gut / Böse zu verwechseln –, in Paradoxien. Gerade weil die evidenzbasierte Methode ein so mächtiges Instrument ist, um den Stand unseres pragmatischen Wissens zu fassen, müssen wir die Schranken ihrer Deutungsmacht streng respektieren.

Was auch sollen wir tun, wenn die evidenzbasierte Methode in die Hände der Kurzschließer fällt und sie, wie schon angedeutet, zu behaupten beginnen, dass damit zum Beispiel die gesamte Medizin erklärt und jegliche Entscheidung getroffen werden könnte? Viele werden die rabulistische Netz-Rhetorik gegen unsere Kollegin Petra Thorbrietz gesehen haben, deren Einschätzung der Alternativmedizin ich nicht teile, die ich aber, wie die

GEO-Redaktion es schließlich richtigerweise auch getan hat, entschieden gegen Maß und Ton der Anmaßung derer, die sich für die Stimme der letzten Wahrheiten halten, verteidigen muss.

Die epistemische Praxis der Evidenzgewinnung eignet sich nicht, um als Popanz und Monstranz herumgetragen zu werden und sodann umso besser reflexionssparenden Gewohnheiten folgen zu können. Tatsächlich beweisen Journalistinnen und Journalisten, dass sie ihr würdig und gewachsen sind, nicht dadurch, dass sie sich zu ihr bekennen. Wir beweisen das, indem wir sie anwenden.

Dafür ist die Zeit gekommen. Wer sich etwa (um am „Weltwoche“-Topos zu bleiben) mit den Entwicklungen im deutschen Bildungswesen auseinandersetzt, muss zugeben: Die Befürchtung des evidence abuse ist berechtigt. Wir sehen in der Bildungspraxis: Dauer-Leistungsmessungen auf vager methodischer Grundlage, empirischen Aktionismus ohne soziales Operationalisierungspotenzial und pseudowissenschaftlichen Datenterror.

Obwohl wir nämlich in der einen Evidenzqualität, aus der Lernforschung und den Neurowissenschaften, ganz genau wissen, dass das einzelne Kind nicht gut lernen kann, wenn es unentwegt bewertet, gemessen, kleinschrittig beobachtet und geradezu mit Metriken verfolgt wird, benötigt die andere Evidenzqualität, nämlich die Beurteilung der Institution Schule als soziales Aggregat – ohne Rücksicht auf das Wohl des Einzelnen – unentwegtes Messen zur Legitimations-Produktion. Dieser Widerspruch zwischen Evidenz und Evidenz in Abhängigkeit vom Bezugssystem ist nur eines der aktuellen höherstufigen methodologischen Probleme, die uns davor warnen, die Methode in die Hände von Einfaltspinseln fallen zu lassen.

Das gilt auch im Eb-Ursprungsfeld, der Medizin. Was soll man etwa davon halten, wenn evidenzbasierte Mediziner pseudoevidenzialistische Argumentationen konstruieren, weil ihnen eine Entscheidung der Ständigen Impfkommission gefühlt-politisch

nicht passt oder der Preis eines Produktes? Und warum geraten gestandene Journalisten in Exaltation, wenn dadurch das steinalte kognitive David-Goliath-Schema getriggert werden kann und sich zum hunderttausendsten Mal die Tütensuppe des Trivialantikapitalismus aufkochen lässt?

Richtig verstanden, ist eine evidenzbasierte Praxis für den Journalismus gerade kein deterministisches Programm wie der Historische Materialismus und kein Rezept für Totalgesundheitsreformfinalpolitik. Sie ist ein Werkzeug. Journalisten können lernen, dieses Werkzeug zu gebrauchen. Dadurch wird der Praktiker besser. Sein Verständnis dessen, was geschieht, wird, unabhängig vom Feld der Evidenzanwendung, weiser und tiefer. Evidenzbasiert arbeiten macht ehrlicher, anständiger und bescheidener. Aber es birgt Risiken, denn der deutsche Journalismus ist, nicht zuletzt wegen seines ausgeprägten praxeologischen Antiakademismus vor allem anderen von Brauchtumpflege geprägt. Rechthaberei, mangelnde Teamfähigkeit auch über Redaktionsgrenzen hinweg und monotone Erklärungsmuster sozialer Tatbestände zählen dazu.

Gewiss wird es nicht leicht sein, die Methodologie eines selbst forschenden, auch sozialanalytisch recherchierenden Journalismus zu etablieren – das wurde zum Beispiel bereits im Precision Journalism in den USA versucht, ist aber halben Weges stecken geblieben. Es ist dennoch notwendig, die Evidenzbasierte Methode, und das bedeutet vor allem statistische und probabilistische Kompetenz auf breiter Basis, in den Journalismus zu tragen. Computer Assisted Reporting ist ein adäquater Ansatz dazu, und er kommt gut voran. Das muss er auch. Denn die Erfüllung unserer Sorgfaltspflicht steht immer relativ zum Möglichen in der Recherchepraxis. Und in Zeiten der vollständigen Computerisierung ist das Mögliche bei weitem größer, als die meisten Journalisten gehört haben.

Wissenschaft und Journalismus haben schließlich eine gemeinsame normative Heimat in Artikel 5 Grund-

gesetz. Er verbürgt die Freiheit der Presse, er garantiert die Freiheit der Forschung. Doch inmitten dieser Versprechen, die wir einander als politische Gemeinschaft selbst gegeben haben, steht dies:

Jeder hat das Recht [...] sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Diese Quellen sprudeln noch ungenügend, bei weitem ungenügend. Wir kommen aus einem Zeitalter, in dem der Journalismus vor allem Rhetorik ist. Das altjournalistische Titelgeschichten-Schema mit seinen Hinterzimmerkolportagen aus Berlin und den Deutungen dessen, was die da oben alles verkehrt machen, setzt voraus, dass die da oben tatsächlich oben sind. Und oben bleiben sollen. Es insinuiert, dass diese Akteure die Autoren von Geschichte seien. Nun mal ehrlich: Lässt sich die Komplexität der gegenwärtigen weltökonomischen Verhältnisse noch irgendwie sinnvoll in die alten Merkel-macht, Merkel-tut und Merkel-sollte-Geschichten pressen? Oder ist das womöglich ein ganz klein bisschen anachronistisch? Sollte man mal richtig mit Zählen, Rechnen und Analysieren anfangen?

Hier und in diesem Sinne dürfen wir als die vielleicht doch ganz gut Qualifizierten gern mehr auf die Verwissenschaftlichung der altjournalistischen Ressorts drängen.

Wenn wir die Frage ernst nehmen, wie wir nun, da die technischen Mittel da sind, neben der Meinungsfreiheit auch das gleich starke Recht auf Informationsfreiheit verwirklichen wollen, müssen wir einsehen, dass der in den Verkleidungen der Reportage, des Berichts oder der Meldung auftretende Kommentar für das 21. Jahrhundert nicht mehr ausreicht. Den Unterhaltungswert von Hans-Ulrich Jörges möchte ich auch nicht missen, aber kein Mensch braucht eine Seite-3-Reportage im Retro-Stil und hoher Form, die uns erzählt, wie sich die Abgeordneten der Piratenpartei an die parlamentarischen Gebräuche von 1950 anzupassen verstehen und was sie von den etablierten Parteien lernen können. Wir müssen fragen, was die etablierten Abgeordneten endlich einmal von den Piraten lernen sollten.

Zum Beispiel IF...THEN, AND, OR und XOR.

Wir müssen einsehen, dass die Patienten und Beitragszahler die Eigentümer des Gesundheitswesens sind, das sie bezahlen, und nicht etwa die professionellen Akteure darin, die das so empfinden. Wir müssen begreifen, dass der klassisch-journalistische Skandal – Chefarzt fälscht Abrechnung und wird erwischt – ein viel kleinerer Skandal ist als die Tatsache, dass wir als Patienten Jahrzehnte lang nicht wissen konnten und durften, wie gut in unseren Krankenhäusern gearbeitet wird, welche klinischen Ergebnisse erzielt werden etc., und dieses Verlangen nach Transparenz lässt sich auf alle Felder des Wirkens akademisch-privilegierter Eliten ausdehnen, ganz besonders etwa auf das Bildungswesen.

Lasst uns also die Methoden der computergestützten Recherche, der qualitativen und quantitativen Verfahren ausschöpfen, um zu einer umfassenden Diagnose des status quo zu kommen und sie mit unseren Lesern zu teilen, damit endlich Transparenz entsteht: In gesellschaftlicher Alltagspraxis ebenso wie im Wissenschaftssystem. Nur weil unsere Sozialisationsgeschichte und unser Habitus dem der Wissenschaftler und Mediziner im bereits weitgehend genutzten Wissenschaftsjournalismus so sehr gleicht, sind wir nicht zur Solidarität mit deren Eliten verpflichtet. Sie gilt den Publika.

Wir sind Beobachter von Wissenschaft, unter Nutzung ihrer eigenen evidenzbasierten Erkenntnisinstrumente. Das ist die Ironie der Geschichte. Wir sind nicht die Notare der Kommunikationsbedarfe wissenschaftlicher Institutionen.

Dieser Ort ist vielleicht der letzte, an dem man all dies sagen müsste. Die Initiative, die wir heute feiern, hat für uns alle, ob Jahr für Jahr in Bremen, hier in Dortmund, in die Redaktionen hinein, für viele Geförderte im Einzelfall undsoweiter undsoweiter mehr in diesem Sinne geleistet als alle anderen zusammen. Dafür danken wir. ]

# Wie Fernsehdokumentationen von Wissenschaft erzählen

Ein Vergleich zwischen gestern und heute

Von Nicole Schöppler

Wissenschaftliche Zusammenhänge sind meist hoch kompliziert und spielen im Alltagsleben eines Laien keine Rolle. Warum also sollte sich der Durchschnitts-Fernsehzuschauer überhaupt für Wissenschaftsthemen interessieren? Dennoch weist eine international angelegte Studie aus, dass Wissenschaft im deutschen Fernsehen boomt (<http://www.pol-soz.fu-berlin.de/en/kommwiss/v/avsas/Downloads/index.html>). Nirgendwo sonst in Europa gibt es mehr Wissenschaftssendungen.

Eines der Hauptmotive von Zuschauern, die sich Wissenschaftsprogramme ansehen, ist gebunden an ihren Unterhaltungswert. Zuschauer wollen „fasziniert“ werden. Fasziniert von spektakulären Entdeckungen und bahnbrechenden Erkenntnissen, von Einblicken in für sie komplett unbekannte Welten. Diese Faszination fürs Unbekannte nutzen insbesondere Wissenschaftsdokumentationen für sich. Betrachtet man das Genre der Dokumentation näher, wird sichtbar, dass das Gefühl von „Faszination“ nicht ausschließlich aufgrund von Inhalten entsteht. Nicht immer, wenn über etwas Fremdes, weit Entferntes oder gar Unerreichbares berichtet wird, sind wir davon fasziniert. Entscheidend ist die Art und Weise der filmischen Präsentation: Handelt es sich um einen langatmigen Fachvortrag oder eine spannend erzählte Geschichte? Bei TV-Dokumentationen, die ein Massenpublikum erreichen und erfolgreich unterhalten wollen, ist zumeist letzteres der Fall.

Das Faszinationspotenzial einer Dokumentation ergibt sich zum großen Teil aus ihren Erzählstrukturen. Moderne Wissenschaftsdokumentationen sind häufig als faszinierende Forschungsreise konzipiert, in der die wissenschaftliche Erkenntnissuche als Erfolgsstory rekonstruiert wird. In dieser Erfolgsgeschichte erlangt der Wissenschaftler Heldenstatus und dem Zuschauer wird suggeriert, er werde just im Moment der

Rezeption Zeuge bei der Entschlüsselung von Rätseln. Derartige narrative Strategien machen Wissenschaftsdokumentationen nicht nur unterhaltsam, sondern ziehen den Zuschauer regelrecht in die Geschichte hinein, erzeugen Spannung und Neugier, lassen ihn mitfiebert und mitfühlen.

## Die Fiktionalisierung der Wissenschaftsdokumentation

Während die Form des audiovisuellen Erzählens einerseits den Vorteil bietet, nicht allein auf die Sprache beschränkt zu sein, schafft sie andererseits gleichermaßen einen Zwang, das Geschehen visualisieren zu müssen. Denn was nicht anschaulich im Bild gezeigt werden kann, lässt sich im Fernsehen nur schwer erzählen. Aus diesem Grund halten seit einigen Jahren immer mehr fiktionale Gestaltungselemente wie Inszenierungen, Re-Enactments und Computeranimationen Einzug in das doch eigentlich nicht-fiktionale Genre der Wissenschaftsdokumentation. Mit Hilfe der Fiktion sollen wissenschaftliche Ereignisse und Sachverhalte sichtbar gemacht werden, die zu abstrakt, zu theoretisch bzw. in Raum oder Zeit zu entfernt sind, um sie mit der Kamera einzufangen. Zwar erweitert die vermehrte Integration fiktionaler Komponenten ohne Frage die visuellen Erzählmöglichkeiten von Dokumentationen, allerdings verschwimmen dadurch aber auch zusehends die Grenzen zwischen Fakt und Fiktion.

Genau diese Grenzüberschreitung wird von Filmtheoretikern als auch Filmemachern stark kritisiert. Man sieht das dokumentarische Genre in seinem Fundament bedroht. Unter ‚Doku‘ laufe heutzutage alles, was nur in Ansät-

zen etwas mit Realität zu hätte; dabei würden die dokumentarischen Filme selbst immer spielfilmartiger. Neben der offensichtlichen Fiktionalisierung durch Re-Enactment & Co. wird auch die zunehmende Narrativisierung als eine Art subtile ‚Fiktionalisierung von Innen‘ angesehen. Doch waren Wissenschaftsdokumentationen vor 30 oder 40 Jahren gänzlich frei von Narration und Fiktion? Wie haben sich narrative Strukturen in Dokumentationen im Zeitverlauf verändert und geht mit der Narrativisierung zwangsläufig immer eine Fiktionalisierung einher?

Diesen Fragen versuchte ich in einer qualitativen Analyse der Narrativität in Wissenschaftsdokumentationen auf den Grund zu gehen. Gleichzeitig sollte die Frage geklärt werden, inwiefern das dargestellte Wissenschaftsgebiet die narrative Form beeinflusst. Dementsprechend wurden als Untersuchungsobjekte vier Dokumentationen ausgewählt: zwei aktuelle und zwei aus den 70er Jahren, wobei jeweils eine dem Themenbereich der Archäologie und eine dem der Astrophysik zugeordnet werden konnte. Beide Wissenschaftsgebiete beschäftigen sich mit Dingen, die von extremen zeitlichen bzw. räumlichen Entfernungen geprägt sind, und somit gut die „unbekannten Welten“ repräsentieren, von denen sich Fernsehzuschauer gern „faszinieren“ lassen. Die Wahl der zwei verschiedenen Produktionszeiträume und der zwei unterschiedlichen Themenbereiche sollte sowohl einen Vergleich auf der Zeitebene als auch einen Vergleich bezogen auf den dargestellten Themenbereich gewährleisten.

## Vier Wissenschaftsdokumentationen im Vergleich

Als Archäologie-Dokumentation der 70er Jahre wurde der Film Schatzsuche vor Antikythera (1976) aus Jacques Cousteaus preisgekrönter Fernsehreihe Geheimnisse des Meeres ausgewählt. Cousteau fährt in dieser Dokumentation mit seinem Forschungsschiff zur griechischen Insel Antikythera, um aus einer gesunke-

nen römische Galeere archäologische Schätze zu bergen.

Auch in der aktuellen Archäologie-Dokumentation Blackbeards versunkenes Piratenschiff, einer britischen Produktion aus dem Jahr 2009 vom Regisseur David Johnson, stehen Meeresforscher im Mittelpunkt. Hier sucht ein amerikanischer Archäologe das verschollene Schiffswrack des berühmten Piraten Blackbeard, was er auch findet und in Teilen vom Meeresboden hebt. Parallel zu dieser Forschungsgeschichte wird Blackbeards Biografie mittels Re-Enactment erzählt.

Als Beispiel für den typischen Astrophysik-Film der 70er Jahre wurde eine WDR-Produktion von 1971 namens Der gekrümmte Raum ausgewählt. Dieser Film, der sich dem Phänomen der Raumkrümmung im Schwerfeld widmet, kann aus heutiger Sicht nur eingeschränkt dem Genre der Dokumentation zugeordnet werden. Viel-

mehr handelt es sich primär um einen Vortrag des Wissenschaftsjournalisten Alexander von Cube, welcher ab und zu von Spielfilmen unterbrochen wird.

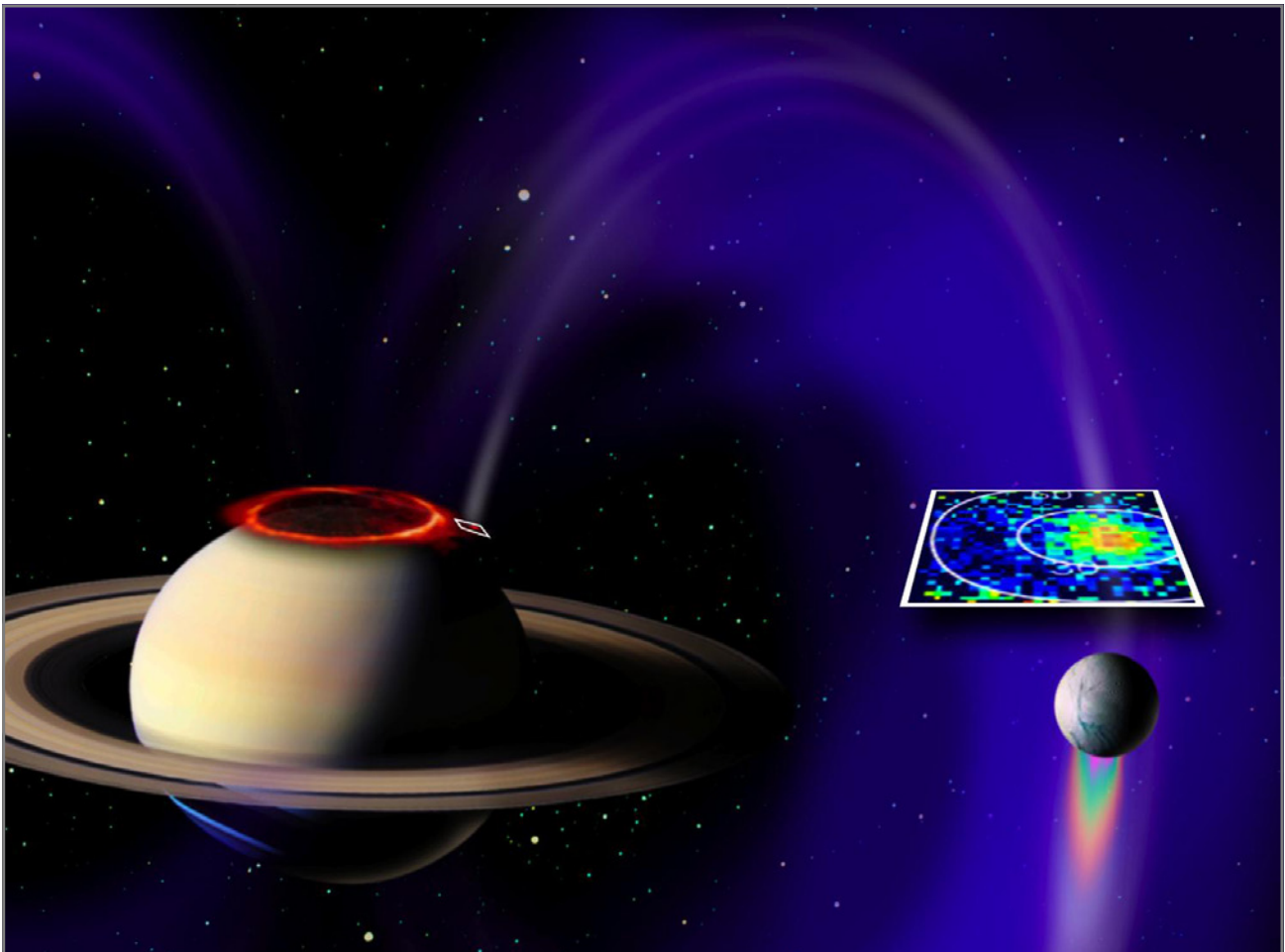
Wie astrophysikalische Themen in heutigen Dokumentationen aufbereitet werden, sollte der Film Und sie bewegt sich doch! (2006) von Franz Fitzke zeigen. Dieser setzt sich zum Ziel, die in Vergessenheit geratene Theorie der Erdexpansion, nach der die Erde kontinuierlich durch „Neutrino-power“ aus dem Weltall wächst, vorzustellen und deren Richtigkeit mit einer Vielzahl von Argumenten zu beweisen.

Doch wie lässt sich die Narrativität eines Filmes eingehend analysieren? Da sich die verschiedensten Wissenschaftsgebiete mit Narrativität aller Art beschäftigen, gibt es keine einheitliche Herangehensweise, „das Erzählen“ zu untersuchen. In den Film- und Fernsehwissenschaften greift man größtenteils auf Analysemethoden

aus der Sprach- und Literaturwissenschaft zurück. Aus diesem Spektrum wurden für die narratologische Untersuchung der vier Dokumentationen verschiedene Theorien ausgewählt und auf die einzelnen Filme angewendet.

## Das Erzählen in Filmen in den Siebzigern und heute

Um zunächst zu überprüfen, ob die Dokumentationen überhaupt als narrative Texte klassifiziert werden können, richtete sich das Augenmerk im ersten Analyseschritt auf die inhaltliche Struktur: Finden in den Filmen kausal bedingte Situationsveränderungen statt und lässt sich eine Handlungsstruktur erkennen?



Wissenschaftsdokumentationen präsentieren wunderbare Bilder wie etwa das der NASA, das den Saturn und seinen Mond Enceladus zeigt. Die Grenzen zwischen Fiktion und Wirklichkeit verschwimmen.

Quelle: NASA/JPL/JHUAPL/University of Colorado/Central Arizona College/SSI

Der einzige der untersuchten Filme, bei dem fast keine narrativen Strukturen nachgewiesen werden konnten, war der Astrophysik-Film aus dem Jahr 1971. Und obwohl die aktuelle Astrophysik-Dokumentation von 2006 einige Erzählelemente aufweist, so kristallisierte sich doch schnell heraus, dass archäologische Themen prinzipiell geeigneter für die erzählerische Darstellung sind. Trotz der 33 Jahre, die zwischen den beiden Archäologie-Filmen liegen, ähneln sie sich stark in ihrer narrativen Struktur. Beide Filmerezählungen sind als Heldengeschichte aufgebaut. Im Mittelpunkt steht der wissenschaftliche Erkenntnisprozess und der Zuschauer gewinnt den Eindruck, er wäre unmittelbar dabei und würde direkter Zeuge der wissenschaftlichen Entdeckungen. Das Ergebnis dieser ersten Analyse wies somit eher darauf hin, dass Wissenschaftsdokumentationen – zumindest im Themenbereich der Archäologie – auch schon früher in erzählerischer Form organisiert waren.

Um dieses Ergebnis zu überprüfen, wurde im zweiten Analyseschritt die formale Gestaltungsebene der Filme nach Gérard Genettes Theorie des narrativen Diskurses untersucht. Darin wird die Erzählung in die drei verschiedenen Dimensionen Zeit, Modus und Stimme unterteilt. Während Genette unter der Kategorie „Zeit“ alle temporalen Manipulationen in einer Erzählung – wie zeitliche Vor- und Rückgriffe, Zeitsprünge etc. – subsumiert, versteht er unter „Modus“ die Regulierung des narrativen Informationsflusses: Wann wird wie viel Information geliefert und wo werden bewusst Informationen zurückgehalten, um sie später spannungssteigernd anzubringen? Die Kategorie „Stimme“ wiederum wendet sich dem Erzähler und dessen Funktion zu. Genettes Kategorien setzen somit Narrativität voraus und fragen vielmehr danach, wie erzählt wird.

Erzählt wurde auch  
schon in den Siebzigern;  
wie erzählt wird,  
hat sich geändert.

Die Resultate dieser ‚Formanalyse‘ offenbaren – anders als die der vorangegangenen ‚Inhaltsanalyse‘ – starke Veränderungen der Dokumentationen im Zeitverlauf ganz unabhängig vom dargestellten wissenschaftlichen Thema. Während temporale Manipulationen in den beiden aktuellen Filmen den gesamten Handlungsverlauf prägen, stehen solche zeitlichen Vor- und Rückgriffe in den früheren Filmen nur am Anfang und Ende. In der aktuellen Dokumentation Blackbeards versunkenes Piratenschiff wird dies besonders durch die Parallelmontage deutlich, welche den gesamten Film durchzieht und zwei Zeitebenen – die der Forschungsgeschichte und die der Geschichte des Piraten als Re-Enactment – miteinander verbindet. Die Astrophysik-Doku Und sie bewegt sich doch! zeigt wiederum sehr anschaulich, wie mit Hilfe von Computeranimationen heutzutage auch in spekulativer Weise die Zukunft als zeitlicher Vorgriff präsentiert werden kann.

In der historischen Gegenüberstellung der Filme lies sich zudem sehr genau erkennen, dass temporale Erzählverfahren in erster Linie für die Wahrnehmung eines Filmes als schnell, abwechslungsreich, langweilig, monoton usw. verantwortlich sind. Die Erzählgeschwindigkeit der aktuellen Dokumentationen ist mindestens doppelt so hoch wie die der Filme aus den 70ern. Dies spiegelt sich auch in der vielfach erhöhten Schnittfrequenz wider. Die Bilderflut vermittelt das Gefühl, durch den Film gehetzt zu werden. Die Filme der 70er wirken dagegen unheimlich langsam und im Fall des Astrophysik-Films sogar regelrecht ermüdend.

Von Informationsverzögerungen machen die Filme der 70er nur wenig Gebrauch. In Cousteaus Dokumentation wird der Informationsfluss lediglich durch das Auslegen von Fragen manipuliert, die im Laufe des Films geklärt werden. Dieses Vorgehen kann als Erzähltechnik identifiziert werden, die eingesetzt wird, um das Geschehen zu dramatisieren und einen Spannungsbogen aufzubauen. Wesentlich gewiefter gehen die beiden aktuellen Dokumentationen vor. Neben solchen dramaturgisch einge-

setzten Fragestellungen und deren verzögerter Beantwortung tritt eine weitaus raffiniertere Verzögerungstaktik zutage: Fortlaufend werden in beiden Filmen Andeutungen gemacht und Hinweise ausgelegt, die jedoch nur halbe Informationen darstellen und beim Zuschauer mehr Fragen aufwerfen als Antworten zu geben. Die Bedeutung dieser Hinweise wird zumeist erst sehr viel später in vollem Umfang geklärt. Besonders auffällig ist diese Taktik im aktuellen Astrophysik-Film, wo die Bedeutung eines im Prolog gezeigten Pendelversuchs erst nach mehr als einer halben Stunde Verzögerung aufgeklärt wird. Hier wird die verspätete Informationsweitergabe zudem nicht nur zur Spannungssteigerung genutzt, sondern gleichzeitig als wirkungsvolle Argumentationshilfe.

Gleichfalls offenbaren sich große Unterschiede zwischen den aktuellen Dokumentationen und denen der 70er in Bezug auf den Erzähler. Zum einen wiegt die Autorität des Erzählers in den früheren Filmen sehr viel stärker. Zum anderen erscheinen aufgrund dessen die dargestellten Figuren in einer viel größeren Distanz, als dies in den heutigen Filmen der Fall ist, wo eine Vielzahl an Personen unmittelbar im Interview zu Wort kommt. Insgesamt werden die früheren Filme viel mehr von der Sprachebene dominiert, während der Bildebene eine mehr oder weniger illustrierende Funktion zugesprochen wird. Über die Jahre ist die Bedeutung des Bildes in der audiovisuellen Darstellung immens gestiegen.

## Der Druck der Quote

Diese starken Veränderungen in der Form der Erzählung verdeutlichen den gewachsenen Kampf um die Einschaltquote: Heutzutage muss der Zuschauer unbedingt vor dem Bildschirm gehalten werden. Dramaturgisch wirkende Erzähltechniken zur Spannungssteigerung erlangen somit eine viel größere Relevanz. Was von Wissenschaftsdokumentationen inzwischen erwartet wird, sind effektvolle, abwechslungsreiche und spannende Geschichten, die

den Zuschauer von Anfang bis Ende fesseln. Aufgrund dieses Drucks, die Aufmerksamkeit der Rezipienten kontinuierlich zu binden, besitzen die heutigen Filme nicht einen, sondern eine Vielzahl aufeinanderfolgender Spannungsbögen. Ruhephasen existieren nicht mehr, vielmehr jagt eine spannungssteigernde Frage die nächste, wird ein Rätsel nach dem anderen gelöst, um gleich darauf von einer noch spektakuläreren Information übertroffen zu werden. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht mehr die wissenschaftlichen Entdeckungen an sich, sondern die Sensation, die sie bedeuten.

Die Resultate der narratologischen Filmanalysen weisen stark darauf hin, dass die von Wissenschaftsdokumentationen ausgehende Faszination infolge einer Mixtur entsteht – einerseits aufgrund von Themen, die das „große Unbekannte“ repräsentieren, andererseits aufgrund von Erzählstrukturen, die spannungs- und unterhaltungssteigernd wirken. Erst dank dieses Zusammenspiels vermögen Wissenschaftsdokumentationen, die Aufmerksamkeit eines Massenpublikums zu erreichen. An der Popularität von Jacques Cousteaus Sendereihe Geheimnisse des Meeres (1966–1976) kann man erkennen, dass dieses Konzept seit vielen Jahrzehnten erfolgreich realisiert wird. Narrative Strukturen besaßen also schon in den 70er Jahren eine große Bedeutung für Wissenschaftsdokumentationen.

Allerdings zeigte die Analyse auch, dass archäologische Themen geeigneter für die erzählerische Darstellung erscheinen als astrophysikalische. Prinzipiell lassen sich abstrakte, generalisierte und nicht filmbare Sachverhalte schwieriger in eine narrative Form bringen als konkrete Ereignisse, die mit handelnden Personen verknüpft sind. Solche Ereignisse sind bei wissenschaftlichen Themen primär in der Erkenntnis-suche zu finden, was erklärt, warum der Forschungsprozess in Wissenschaftsdokumentationen häufig als narratives Grundgerüst fungiert. Je anschaulicher sich wissenschaftliche Methoden zudem visualisieren lassen, umso mehr eignen sie sich für die filmische Präsentation.

## Eine Grenze zwischen Fiktion und Wirklichkeit lässt sich nur schwer ziehen

In modernen Dokumentationen werden derartige Visualisierungsdefizite mittlerweile fast zwangsläufig mit Hilfe von fiktionalen Gestaltungselementen überbrückt. Computeranimationen und Inszenierungen aller Art gehören heutzutage insbesondere in Wissenschaftsprogrammen zum guten Ton. Neben spannend erzählten und wirkungsvollen Geschichten, dürfen auch Dokumentationen über wissenschaftliche Themen nicht mehr nur ‚bebildeter Hörfunk‘ sein, sondern ‚was fürs Auge‘. Attraktive visuelle Anreize müssen geschaffen werden – egal um welchen Wissenschaftsbereich es sich handelt. So entstehen ‚Dokumentationen‘, die fast ausschließlich aus Computeranimationen oder Re-Enactment bestehen. Dabei ist das Nachspielen historischer Ereignisse durch Schauspieler nicht die einzige Form der Inszenierung. Immer häufiger übernehmen die Wissenschaftler selbst das Schauspiel. Denn obgleich sich der Forschungsprozess hervorragend als narratives Grundgerüst eignet, kann er in den allermeisten Fällen nicht von der Kamera in Echtzeit eingefangen werden. Es bedarf einer filmischen Rekonstruktion der Ereignisse, in welcher die Schlüsselmomente des Forschungsprozesses mit den realen Akteuren nachgestellt werden.

Dies zeigt, wie eng Narration und Fiktion miteinander verknüpft sind. Die zu dokumentierende ‚Wirklichkeit‘ wird vom Dokumentaristen so zusammengestellt, dass eine Geschichte erzählt werden kann, die er im besten Fall für wahr hält bzw. der Realität entsprechend. In der narratologischen Analyse der Dokumentationen konnte eindrucksvoll gezeigt werden, wie geschickt auch Dokumentarfilmemacher im nicht-fiktionalen Genre Erzählstrategien einsetzen und wie manipulativ diese auf den Zuschauer wirken. Auf-

grund der Klassifizierung des Films als ‚dokumentarisch‘ erwartet der Zuschauer jedoch etwas ‚Wahres‘ zu sehen und nicht die gefärbte Sichtweise eines Einzelnen.

Genau hier liegt die Gefahr der erzählenden Dokumentation. Eine visuell attraktiv und lebendig erzählte Geschichte besitzt zwar einerseits den Vorteil, maßgeblich den Unterhaltungswert zu steigern und die Komplexität von Informationen zu reduzieren, andererseits verleitet die Form der Narration aber auch immer zur Verfälschung. Denn die (objektive) Realität hat nur wenig mit der (subjektiven) Erzählung gemein. Während eine Geschichte immer aus Anfangssituation, Problemstellung und deren Lösung am Ende besteht, sich durch Konflikte, Spannungsbögen und archaische Rollenmuster auszeichnet, finden wir in unserer Alltagswelt nur selten diese Abgeschlossenheit von Ereignissen. Vielmehr scheint alles ‚Mitte‘ zu sein – ohne Anfang und Ende. Auch die realen Konflikte erscheinen gedämpft und eine klare Aufteilung in ‚gut‘ und ‚böse‘ ist zumeist unmöglich.

Die narrative Darstellung in Dokumentationen bedeutet somit immer auch einen Schritt zurück in eine Märchenwelt – mit Helden, die gegen ihre Widersacher kämpfen, mit Erfolgen und Rückschlägen, mit Triumph und Happy End. Besonders fragwürdig wird diese Form des ‚Dokumentierens‘ dann, wenn der Wahrheitsgehalt zugunsten einer runden Geschichte auf der Strecke bleibt, wie im Falle der WDR-Dokumentation Heilung unerwünscht geschehen. Bei allen Versuchen, wissenschaftliche Themen für ein Massenpublikum attraktiv zu machen, sollte die höchste Priorität in dokumentarischen Filmen doch stets auf ihrem Wirklichkeitsbezug liegen. ]

Nicole Schöppler

arbeitet als freie  
Fernsehjournalistin  
in Berlin.



## Die WPK feiert ihr 25-jähriges Bestehen

---

### Der Zauber der Gründerjahre ist verflogen

Von Wolfgang Mock

Was die Wissenschafts-Pressekonferenz (WPK) nach ihrer Gründung im Oktober 1986 schnell wachsen und an Einfluss gewinnen ließ, war vor allem das Vakuum, in das sie stieß. Die seit Beginn der 80er-Jahre laufende Diskussion um Aids hatte den Boden bereitet – 1985 landete die erste Informationsbroschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Thema Aids in den Briefkästen der bundesdeutschen Haushalte. Wenig später entbrannte der Streit um das US Rüstungsforschungsprogramm SDI (Strategic Defence Initiative / Krieg der Sterne), im April 1986 schließlich kam es zum Unglück von Tschernobyl – all das hatte eine Atmosphäre entstehen lassen, in der die Gründung der WPK aus heutiger Sicht fast unvermeidbar erscheint.

Neu war Wissenschaftsjournalismus auch damals nicht, aber, zugespitzt formuliert, eher eine Sache von Spezialisten für Spezialisten. Jetzt aber suchten immer mehr Menschen nach verständlichen Darstellungen wissenschaftlicher Ergebnisse. „Was darf ich noch essen“: So oder so ähnlich titelten viele Zeitungen und Magazine nach Tschernobyl. Und mit schlichten Antworten war es nicht mehr getan. Alle drei Gruppen – Journalisten, Wissenschaftler und Politiker – suchten kompetente Gesprächspartner zur Beantwortung dieser Fragen.

In den Monaten nach Tschernobyl tat sich eine Gruppe von damals vorwiegend am alten Regierungssitz in Bonn tätigen Journalisten zusammen, um die WPK zu gründen – einschließlich des Autors dieser Zeilen, der damals regelmäßig in Bonn arbeitete. Mit ihrer Idee stießen sie auf ein überraschend hohes Maß an Zustimmung. Die Politik, allen voran der damalige Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, ab Mai 1987 dann auch der zweite deutsche Bundesumweltminister, Klaus Töpfer, aber auch die in Bonn ansässigen

Wissenschaftsverbände unterstützten die Gründungsmitglieder dabei, administrative Hürden zu überwinden. Und sie halfen, die WPK auf eine stabile Finanzbasis zu stellen. Später dann traten beide Minister regelmäßig bei Pressekonferenzen auf, die die WPK organisierte. Sie wiederum luden WPK-Mitglieder zu Hintergrundgesprächen ein und nahmen sie mit auf Reisen.

Was folgte, war eine Professionalisierung aller Beteiligten: Die Wissenschaftler lernten den Journalisten zu antworten, die Journalisten lernten Wissenschaftler zu verstehen, die Politik merkte plötzlich, dass auch eher als „Fachministerien“ abgetane Ministerien wie das Bundesumwelt- und das Bundesforschungsministerium mit ihren Themen in der Öffentlichkeit punkten konnten. Die Pressestellen der Ressorts lernten ebenso wie die der wissenschaftlichen Einrichtungen ihre Themen zu „verkaufen“.

Und die Wissenschaftsjournalisten machten die Erfahrung, dass ihre Themen aus den Untiefen des Feuilletons oder der hinteren Seiten auf die vorderen, ja die Titelseiten wanderten. Zudem lernten sie, dass Wissenschaft jede Menge mit Politik zu tun hat, dass auch im Wissenschaftsjournalismus die Gesetze ihres Metiers galten. Mit dieser Professionalisierung etablierte sich der Wissenschaftsjournalismus als anerkannte Disziplin in der journalistischen Landschaft.

All das wäre vermutlich auch ohne die WPK geschehen, nur unsystematischer, weniger schnell. Die WPK war in ihren Anfangsjahren jedoch eine Art Katalysator, sie trug dazu bei, das Standing der Journalisten zu verbessern und entwickelte sich zunehmend zum Ansprechpartner der Politik. Das, so sieht es zumindest aus heutiger Sicht aus, beschleunigte und strukturierte den Prozess der Professionalisierung.

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne – das galt auch für die Gründungsphase der WPK, wie der Autor dieser Zeilen aus eigener Erinnerung nur zu gut weiß. Dieser Zauber ist verflogen. Kein Wunder nach 25 Jahren WPK. Gelang es ihr zu Beginn noch, mit eigenen Veranstaltungen Akzente zu setzen, ist das in der aktuellen Medienwelt nur schwer möglich – zumal Wissenschaftler wie Politiker heute die Klaviatur des Mediengeschäfts soweit beherrschen, dass sie auch ohne die WPK ihre Ansichten optimal positionieren können.

Damit muss die WPK leben.

Was die WPK kann und was sie ausbauen sollte: jungen Kolleginnen und Kollegen beim Eintritt ins Berufsleben zu helfen. Durch Networking und Weiterbildung, zunehmend aber auch durch Informationsveranstaltungen, die stärker als bisher das Berufsfeld „Wissenschaftsjournalismus“ sowie beispielhaft journalistische Beiträge einer systematischen Analyse und Kritik unterziehen. Wenn die WPK eine Existenzberechtigung hat, dann aus meiner Sicht vor allem diese.

Denn was sie im Wesentlichen vorhatte, hat die WPK erreicht: Die Professionalisierung der Berufsgruppe und die Professionalisierung des Umgangs von Wissenschaftsjournalisten, Wissenschaftlern und Politikern untereinander.

Auch um den Preis, in mancher Hinsicht obsolet geworden zu sein. ]

---

Wolfgang Mock

ist Reporter der VDI nachrichten, verantwortlich für die Seite 3 und Gründungsmitglied der WPK.



## Nach 25 Jahren braucht es neue Antworten

Von Kai Kupferschmidt

Der Chefredakteur von Zeit online, Wolfgang Blau, hat bei einer Diskussionsveranstaltung in Berlin vor einigen Wochen einen interessanten Satz gesagt: Das Faszinierende an Wissenschaftsjournalisten sei, dass sie sich zuerst der Gruppe der Wissenschaftsjournalisten zugehörig fühlten und dann erst ihrem eigenen Medium. Ich denke, Blau hat Recht und ich glaube, genau das ist der Grund, warum ich in die WPK eingetreten bin.

Wir Wissenschaftsjournalisten sind eine besondere Spezies. Und mit wem sollen wir über Sperrfristen, Journale und Peer Review diskutieren, über richtige Risikodarstellung und falsche Experten, wenn nicht miteinander. Im Idealfall kann die WPK das Forum sein, in dem wir uns immer wieder über unsere Motive und unsere Methoden austauschen, wo wir uns über Regeln verständigen und Maßstäbe diskutieren. Projekte wie der Medienthema sind eine Möglichkeit dazu und werden deshalb zu Recht unterstützt. Ich habe in meiner kurzen Zeit bei der WPK viele interessante Gespräche über diese Themen geführt – und es kommen zahlreiche weitere Diskussionen auf uns zu.

Blickt man auf die vergangenen zwei Jahre, fällt auf, wie viele der Themen, die das Geschrei auf dem medialen Markt beherrschten, Wissenschaftsthemen waren: Fukushima und EHEC, Deep Water Horizon und Dioxin, Schweinegrippe und Klimawandel. Ich werde aber das Gefühl nicht los, das in dem Gewirr der Stimmen der Wissenschaftsjournalismus häufig kaum zu hören war.

Einige Wissenschaftsjournalisten haben viel Vernünftiges über Dioxin geschrieben, aber hängengeblieben ist ein hysterischer Hype um erhöhte Messwerte im Frühstücksei. Wenn Themen aber mit heißer Luft gnadenlos aufgeblasen werden, warum gelingt es Wissenschaftsjournalisten dann nicht, den prallen Ballon mit spitzer Feder zum Platzen zu bringen?

Vielleicht, weil sie auf Wissenschaftsseiten und in Wissenschafts-

sendungen zwar erörtern, wie Dioxin entsteht und welche Hinweise auf eine karzinogene Wirkung es überhaupt gibt, anderswo im selben Medium aber all diese Ungewissheiten weggewischt werden, um Platz zu machen für Journalisten, die sich ganz ungeniert über die krebserregende Chemie im Eiechauffieren. Frei nach dem Motto: Ich leide nicht an Realitätsverlust, ich genieße ihn. Ein ausgewogenes Hintergrundstück kann natürlich nicht die Botschaft wieder aufheben, die die Spitzenmeldung bei der Tagesschau oder die Schlagzeile auf der Titelseite allein durch ihre Existenz suggeriert: Hier passiert etwas Wichtiges/Unerhörtes/Skandalöses!

Will der Wissenschaftsjournalismus also weiter als Erklärbar herangezogen werden, während andere die Agenda bestimmen? Bedeutet Teamarbeit, dass der Wissenschaftsjournalist zu einem alarmistischen Artikel einen Absatz mit Hintergrundinformationen beisteuert? Dann schreibt er damit vielleicht eine interessante Strophe für das Lied in das alle einstimmen. Hängen bleibt aber allein der Refrain und den schreiben andere.

Hinzu kommt, dass sich in manchen Chefredaktionen nach Schweinegrippe und EHEC die Idee verfestigt hat, dass „die Wissenschaft“ ohnehin heute das eine und morgen das genaue Gegenteil behauptet. Erst sind es die Gurken, dann doch die Sprossen. Weil sich vermeintlich für jede Meinung ein Experte findet, ist all das wissenschaftliche Gerede gleich viel wert: nämlich nichts. Was für eine beruhigende Erkenntnis für manchen Politikredakteur, der sich in Sachen Wissenschaft zu recht auf dünnem Eis wähnt! Und wie gefährlich für einen ernsthaften Wissenschaftsjournalismus!

Dazu kommt ein strukturelles Problem: Es gibt immer mehr hervorragend aufgearbeitete Pressemitteilungen von Instituten, Kliniken und Universitäten. Ehemalige Wissenschaftsjournalisten, die sich selbst häufig noch als Journalisten verstehen, produzieren hervorragende Wissenschafts-PR. Viele freie

Journalisten sehen darin inzwischen ihr zweites Standbein. Wie fest ein Wissenschaftsjournalist damit wirklich auf dem Boden steht, ist eine andere Frage, die immer noch nicht genügend diskutiert wird. Eine ehrliche Debatte darüber, ist dringend nötig.

Die Frage ist eng verknüpft mit der Frage, wie Redaktionen mit freien Journalisten umgehen. Gerade im Wissenschaftsjournalismus, wo auch kurze Meldungen einen hohen Rechercheaufwand mit sich bringen, bedeutet der Kampf um Ressourcen auch einen Kampf um Qualität: Wie viel Geld kann eine Zeitung heute für einen Wissenschaftsartikel zahlen? Und wie viel Recherche kann sich der Journalist dafür leisten?

All diese Fragen sollten in der WPK diskutiert werden – und darüber hinaus die Frage, wie die WPK selbst sich weiter entwickeln kann. Sollte sie sich auch an die Öffentlichkeit wenden oder sollten WPK-Veranstaltungen weiterhin nur auf Journalisten zugeschnitten sein? Gibt es eine Möglichkeit, die WPK im Web zum Diskussionsforum von Wissenschaftsjournalisten zu machen? Oder über Wissenschaftsjournalismus? Und ist das erstrebenswert?

Mich hat die Lust auf interessante Fragen zum Wissenschaftsjournalismus gebracht, nicht die Hoffnung auf eindeutige Antworten. Nach zweieinhalb Jahren in der WPK habe ich dann auch nur Fragen anzubieten. Die eine oder andere davon werden wir in der WPK in den nächsten Jahren aber beantworten müssen, wenn wir auch noch ihr 50. Jubiläum feiern wollen. ]

Kai Kupferschmidt



arbeitet als Wissenschaftsjournalist in Berlin. Er schreibt unter anderem für Science und den Tagesspiegel.

## Neue Mitglieder

### Susanne Rytina

Altbach bei Stuttgart

Als freie Autorin mit den Schwerpunkten Medizin, Psychiatrie und Bionik produziere ich Magazinbeiträge für Print und Hörfunk. Mit einem geisteswissenschaftlichen Studium im Gepäck volontierte ich bei der Fuldaer Zeitung und arbeitete mehrere Jahre als Redakteurin für die Fuldaer Zeitung und die Monatszeitschrift Reader's Digest. Als Freie hörte ich dann Vorlesungen aus den Bereichen Neurowissenschaften und Psychologie an der Uni Tübingen und studierte berufsbegleitend Wissenschaftskommunikation mit dem Referenzfeld Naturwissenschaft/Bionik. Weil die WPK Autoren, Redakteure und Wissenschaftler zusammenbringt, die sich über Qualitätsjournalismus austauschen, bin ich Mitglied geworden.

### Iska Schreglmann

München

Radio oder TV? Vor dieser Entscheidung stand ich öfter. Heute mache ich beides: Ich moderiere „Faszination Wissen“ beim Bayerischen Fernsehen und bin bei „RadioWissen“ auf Bayern 2 Autorin und Moderatorin.

Journalistin werden wollte ich schon mit vierzehn. Dass die Wissenschaft dabei der – für mich – faszinierendste Bereich ist, habe ich erst nach der Journalistenschule und dem Studium (Kommunikationswissenschaft) entdeckt: Als Reporterin und Redakteurin verschiedener Hörfunk- und Fernsehredaktionen und im Medizin-Ressort eines US-Nachrichtensenders.

Über den Tellerrand der eigenen Arbeit blicken – das möchte ich gerne im Austausch mit Kollegen der WPK.

### Daniel Lingenhöhl

Heidelberg

Daniel Lingenhöhl, Jahrgang 1974, ist seit Januar 2011 Redaktionsleiter Online von Spektrum der Wissenschaft.

Er studierte Geografie, Geologie und Biologie an der Universität Erlangen und promovierte über die Artenvielfalt der Cinque Terre. Danach arbeitete er als Wissenschaftsjournalist unter anderem für spektrumdirekt, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt online und das Magazin „Vögel“. 2010 veröffentlichte er das Buch „Vogelwelt im Wandel“ bei Wiley-VCH. Seine Schwerpunkte sind Geowissenschaften, Ornithologie und Energie.

### Kerstin Hoppenhaus

Ich bin gelernte Biologin und arbeite als freie Autorin und Regisseurin für verschiedene nicht-fiktionale Formate, online und off, Bewegtbild und nicht, mit Text und ohne. Die Möglichkeiten, die dieser crossmediale Zugang gerade für Wissenschaftsthemen bietet, faszinieren mich sehr. Mehr Komplexität, mehr Dynamik und statt der einen fertigen Geschichte auf einmal Raum für den Prozess der Wissenschaft. Aber auch: mehr Komplexität, mehr Dynamik und jede Menge schwieriges Terrain. Und das erkunde ich lieber mit Kollegen als ohne ([www.digitalgrip.de](http://www.digitalgrip.de)).

## Impressum

### Redaktion

Markus Lehmkuhl (V.i.S.d.P.),  
Antje Findekle, Volker Stollorz,  
Claudia Ruby, Nicole Heißmann  
und Christian Eßer

### Autoren

Markus Lehmkuhl, Volker Stollorz,  
Axel Bojanowski, Martina Franzen,  
Christina Hucklenbroich,  
Christoph Koch, Nicole Schöppler,  
Wolfgang Mock, Kai Kupferschmidt

### Layout, Design und Titelbild

Katja Lösche, [www.gestaltika.de](http://www.gestaltika.de)

### Bildnachweis

S. 1 Stefan Rahmstorf © PIK – Potsdam-  
Institut für Klimafolgenforschung

### Adresse

WPK-Quarterly  
Wissenschafts-Pressekonferenz e.V.  
Ahrstraße 45  
D-53175 Bonn

### Telefon & Fax

Tel ++49 (0)228–95 79 840  
Fax ++49 (0)228–95 79 841

### E-Mail & Web

[wpk@wpk.org](mailto:wpk@wpk.org)  
[www.wpk.org](http://www.wpk.org)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der WPK wieder.



Die Wissenschaftsjournalisten  
Wissenschafts-Pressekonferenz e.V.